

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährlich 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. • Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. • Preis für die 25 mm breite Millimeterzelle 40 Pf. Plakatoberflächen ausgeschlossen. • Postkassenkonto Hannover Nr. 576 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. • Tel.-Nr. 608 21. • Telegr.-Adr.: I. V. Verband Bochum.

Gewerkschaftstampf gegen Krisennot.

Ueber der Weltwirtschaft tobt ein fürchterliches Unwetter. Nur kleine Inselplätzchen blieben bisher von dem mit unheimlicher Wucht tobenden Krisensturm verschont. Der Flurschaden sowohl in den Teilen der industriellen wie auch der agrarischen Welt geht in die Milliarden. Ungefähr soviele Menschen, wie das werktätige Deutschland zählt, dürfen entgegen ihrem Willen nicht mithelfen, Güter für den täglichen Bedarf zu schaffen. In den reichen Ländern des Erdballs zehren sie von den Reserven, die ihnen die letzte Hochkonjunktur anzusammeln ermöglichte, in dem durch den Weltkrieg und seine unheilvollen Nachwirkungen verarmten Europa hält sie eine lärgliche Notunterstützung über Wasser und in den noch ärmeren östlichen und südöstlichen Provinzen der Weltwirtschaft hält der Hungertod reiche Ernte.

Der politische Widerschein.

Der Krisensturm hat die Brücken zerstört. Der Weg vom Warenerzeuger zum Verbraucher ist teils schwer, teils gar nicht mehr gangbar. Im zwischenstaatlichen Güterverkehr werden dazu noch bisherige Absatzwege durch handelspolitische Hindernisse versperrt. Dabei sind Rekorde erreicht worden, die früher die kühnste Phantasie nicht einmal zu ahnen vermochte. So wird der Warenabsatz immer schwieriger, und nur er, nur seine Stärkung ist der Anknüpfungspunkt zur Krisenüberwindung. Diesen Punkt aber zu finden, von dem allein aus die Krise aus den Angeln zu heben wäre, ist im In- und Auslande bisher weder den wirtschaftlichen noch den politischen Führern gelungen. Sie alle kurieren mit leichter Medizin an den Symptomen herum. Indes trachtet es auch in politischen Ueberbau. Die riesige Arbeitslosenarmee rüttelt an den Grundfesten der Staatengebilde. In dem reichen **Amerika** mögen noch amtliche Aufrufe zu karitativer Betätigung ausreichen, in den weniger vermögenden Ländern dagegen schwillt auch das politische Sorgenheer bedenklich an. In **Südamerika** jagt ein Regierungsputsch den anderen. **Englands** Schwierigkeiten kommen von seinen Kolonialländern, die dem Mutterlande gegenüber eine drohende Sprache führen und, wie es auf der letzten britischen Reichskonferenz geschah, mit der Loslösung drohen, wenn ihnen nicht genügend Konzessionen, und zwar wirtschaftliche Konzessionen, gemacht werden. In **Italien** wird die Zensurstrafe immer fester angezogen, um das Ausland nicht wissen zu lassen, wie es um die wirtschaftlichen Verhältnisse in Mussolinis Reich bestellt ist, indes sein Regierungschef als Ablenkungsmanöver Kriegsreden steigen läßt. **Polens** Diktator läßt die ihm unbedequate Opposition kurzerhand in die Gefängnisse werfen. **Rußland** wechselt die Figuren seiner politischen Leitung schneller als ein mit ständigen Niederlagen kämpfendes Heer seine Generale. Aus **Oesterreich** ertönen immerwährend ganz Offener geführte Diktaturgespräche. Und **Deutschland**? Die parlamentarische Abwicklung der Reichspolitik zeigt bedenkliche Stockungen, so daß das von fester Hand geführte größte Land, Preußen, der ruhende Pol in der Flucht der politischen Erscheinungen geworden ist.

Weiterer Abstieg.

Uns Sozialisten ist es nicht unbekannt, daß all diese Wirren, auch im politischen Gefüge der Völker, nur ein Widerschein der krisenhaften Zustände in der Wirtschaft sind. Diese aufzuspüren und, soweit es Menschenwille und Menschenkraft vermag, sie zu mildern und abzustellen, sollte erstes Gebot der für die Politik und für die Wirtschaft verantwortlichen obersten Leitungen sein. Was ist in dieser Beziehung in Deutschland getan worden und was ist uns als künftige Tat in Aussicht gestellt? Was die Stunde der energischen Tat bedarf, ist kaum noch zweifelhaft, denn es liegen noch nicht die leisesten Anzeichen dafür vor, daß wir vor einer Wendung zum Konjunkturaufschwung stehen. Im Gegenteil, das Konjunkturbarometer steht noch auf Sturm. Alle Anzeichen einer sich verschärfenden Krise liegen vor, bedenklich **hohe Lagerbestände**, die annähernd halb so groß sind wie das deutsche Volkseinkommen während eines ganzen Jahres; steigende Ziffern der **Wechselproteste**, **Geschäftsaufsichten** und **Konturze**; ungeheure und infolge der zu erwartenden kalten Lage sich stetig vermehrende **Arbeitslosigkeit**; eine **sinkende Zinskurve**, die durch die währungspolitisch notwendige Heraufhebung des Reichsbankdiskontsatzes nur eine widernatürliche und nicht durch die Konjunktur bedingte Unterbrechung erfahren hat; **fin-**

tende Weltmarktpreise, denen in Deutschland leider nur die Rohstoffpreise in Parallele zu stellen sind. Das alles sind Zeichen einer sich stetig verschärfenden Wirtschaftskrise. Vom sinkenden Preis und dem niedrigen Zinssatz her soll dann der Umschwung eingeleitet werden, denn ein niedriger Zinssatz belebt die Produktion und gesenkte Preise haben Kaufkraftstärkungen zur Folge, die den Anknüpfungspunkt zur Konjunkturwende bedeuten.

Falsche Heilmethoden.

Eine zielklare Wirtschaftspolitik sollte diesem Anknüpfungspunkt zusteuern. Und so manche Regierungshandlung deutet auch den Willen dazu an, z. B. die Verschärfung der Kartellverordnung und die durch Regierungsdruck herabgesetzten Preise für Linoleum und Tapeten. Mehr aber ist kaum zu finden. Die Kartellverordnung ist zwar verschärft worden, aber selbst in ihrer schärfsten Fassung bleibt sie wirkungslos, wenn sie nicht angewandt wird — und Linoleum- und Tapetenpreise scheinen für eine Marktbelebung weder ausreichend, noch geeignete Objekte für allgemeine Kaufkrafthebung zu sein. Hierfür ist die Grundstoffindustrie schon ein dankbareres Feld, und die Regierung hat wirklich nicht versäumt, die Rohstoffindustrien zum Operationsfeld ihrer krisenpolitischen Maßnahmen zu machen. Aber deren Durchführung war bisher so angelegt, daß alle zu erwartenden günstigen Auswirkungen schon im voraus unmöglich gemacht wurden.

So wurde in der Epoche der Preisentwertung einem Minister des Brüning-Kabinetts die spezielle Aufgabe übertragen, seine ganze Kraft der Hochhaltung einiger, allerdings sehr wichtiger Rohstoffpreise zu widmen. Scharf erhöht eine **Zollposition für Getreide** nach der anderen, wozu ihm eine wenig glückliche Formulierung der letzten Zollnovelle die Möglichkeit gibt. Er tut es nach bestem Können, so daß heute der deutsche Zollsatz für Weizen beispielsweise doppelt so hoch liegt, wie der Weltmarktpreis. Vorher hat derselbe Minister 60 Mill. M. Reichsgelder durch eine vollkommen verunglückte Roggenstützungsaktion nicht etwa der Landwirtschaft, sondern dem Getreidehandel geopfert. Bleibt noch die Preispolitik für die **industriellen Rohstoffe** zu betrachten. Im Deynhauener Schiedspruch war eine Preisentwertungsklausel enthalten. Aber eine Kaufkraftstärkung wurde zu gleicher Zeit unmöglich gemacht durch den in demselben Schiedspruch vorgesehenen Lohnabbau. Diese Methode scheint danach im Reichsarbeitsministerium zum System erhoben worden zu sein. In der Steinkohle ist etwas Ähnliches geplant. In früheren Krisenzeiten kam der Umschwung dadurch, daß eben die Preise viel früher und sehr viel stärker gesenkt wurden als die Löhne und Gehälter. Was damals richtig war, weil es sich aus dem Mechanismus des Marktes zwangsläufig ergab, ist heute nicht falsch. Nur daß eben das freie Kräftepiel durch eine Unzahl von Kartellen und monopolartigen Einzelunternehmungen ausgeschaltet ist. Bei diesen muß angeknüpft und die Wirkung, die sonst das Preisgesetz von Angebot und Nachfrage zuwege brachte, zwangsweise zu erreichen versucht werden. Dazu allerdings gehört viel politischer Mut, Mut, mit **sozialistischen Mitteln die kapitalistische Krise zu beheben**. Wer ihn im gegenwärtigen Augenblick nicht aufbringt, wer bei der entschieden leichter zu bedienenden Lohnmaschinerie den Anfang macht, verflüchtigt sich am Volkwohl und verlängert künstlich die ungeheure Krise mit all ihrer wirtschaftlichen und sozialen Unbill.

Der Auslandsmarkt kein Rettungsanker.

Im Reichsarbeitsministerium scheint man das zu wissen oder wenigstens zu ahnen. Man verlegt deshalb den Anknüpfungspunkt zur Krisenüberwindung ins Ausland. Durch Lohn- und Preisentwertungen in etwa gleichem Ausmaße erfährt die Inlandskaufkraft keine wesentlichen Veränderungen. Anders verhält es sich auf dem Auslandsmarkt. Weil man dort die törichte Politik der Einkommensenkung nicht mitmacht, aber in den Genuß der gesenkten deutschen Preise kommt, soll vom Auslandsmarkt her die Rettung kommen. Wenn sie wirklich käme, dann nur, weil man es jenseits der Grenzen ablehnt, eine Politik des wirtschaftspolitischen Selbstmordes zu treiben. Aber im Reichsarbeitsministerium hat man nun einmal darauf geschworen, vom Ausland her die Krisenrettung zu erwarten. Deshalb redet Stegerwald auch dauernd von

dem Wert der deutschen Ausfuhr für die heimischen Beschäftigungsmöglichkeiten. Und doch bleibt die erhoffte Wirkung aus. Der amtliche Großhandelsindex fiel von 137,2 im Jahresdurchschnitt 1929 auf 120,6 im Oktober 1930. Wenn die These des Reichsarbeitsministeriums stimmen würde, dann müßte sich infolge der gesenkten Großhandelspreise ja die deutsche Ausfuhr gehoben haben, denn im Auslandsgeheimat wird doch zu Großhandelspreisen verkauft. In Wirklichkeit führten wir während der ersten drei Vierteljahre 1929 für 10 Milliarden und im gleichen Zeitraum 1930 nur für 9,1 Milliarden Mark Waren aus. Die Politik, vom Ausland her eine Belebung der deutschen Wirtschaft zu erwarten, ist also falsch, und sie muß falsch sein, weil alle unsere bedeutenden ausländischen Warenabnehmerstaaten unter ähnlich schweren Kriseneinwirkungen zu leiden haben wie wir auch. Wir können keine Politik gegen die Weltkrise machen. Wer das versucht, kann das Uebel nur vermehren, nicht aber heilen.

Belämpfung der Arbeitslosigkeit.

Da es nun voraussichtlich nicht gelingen wird, durch politischen Preisdruck der Krise ihren natürlichen, in diesem Falle ihren kapitalistischen Lauf zu weisen, der sie automatisch in die Hochkonjunktur münden läßt, so konzentrieren sich die Kräfte um so stärker auf die Heilung eines ihrer Symptome, der Arbeitslosigkeit. Diese ist zu einem doppelseitigen Staatsproblem geworden. Sie vermindert die Reichseinnahmen durch Ausfall von Lohn- und Umsatzsteuern und sie erhöht die öffentlichen Ausgaben für Unterstütuungs- und Wohlfahrtszwecke. Hier liegt das Staatsinteresse an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, das noch durch staatsmoralische Erwägungen verstärkt wird. Das gewerkschaftliche Interesse ergibt sich von selbst. Diese beiden Faktoren Staat und Gewerkschaft sollten in engstem Zusammenwirken versuchen, des großen Staats- und Wirtschaftsübels, der Arbeitslosigkeit, Herr zu werden. Aber auch hier kämpft die Gewerkschaft allein. Das Unternehmertum fürchtet, die verkürzte Arbeitszeit gar nicht mehr oder nur schwer beseitigen zu können und stemmt sich deshalb mit aller Macht dagegen. Sein Argument, daß durch verkürzte Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich die Erzeugungskosten steigen, was dem Preisabtaugedanken entgegensteht, ist durch den ihm vom ADGB und im Berliner Konflikt auch vom Metallarbeiterverband angebotenen Verzicht auf den vollen Lohnausgleich gegenstandslos gemacht worden. Aber plötzlich ist man auf Arbeitgeberseite ganz taub geworden, und die Regierung gibt sich nicht die geringste Mühe; hier auf die Seite der Gewerkschaften zu treten.

Dauerkrise?

So stehen auch hier die Gewerkschaften allein im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Die ungleiche Kräfteverteilung im Staat aber schwört Geister herauf, die ihm einmal sehr gefährlich werden könnten, denn Dauererwerbslosigkeit nagt an den Wurzeln selbst des festgefügtsten Staatssystems. Die Massenarbeitslosigkeit aber droht zu einer Dauererscheinung zu werden, weil ihr Erreger, die Krise, ebenfalls zu einer Dauererscheinung zu entarten droht. Krisen sind für das kapitalistische Wirtschaftssystem eine Gesundungerscheinung. Sie jagen die morschen Gebilde aus dem Produktions- und Verteilungsapparat hinweg und bereiten so dem technisch und finanziell gekräftigten Unternehmen ein so kräftigeres Blüten. Das ist aber nur dann der Fall, wenn auch das kapitalistische Preisgesetz von Angebot und Nachfrage voll zur Auswirkung kommt. Das Kartell, dessen ungeheure Verbreitung gerade in Deutschland bekannt ist, hat jenes liberale Marktgesetz ausgeschaltet. So wird das kapitalistische Krisenrisiko über den hohen Warenpreis auf die Gesamtheit der Verbraucher abgewälzt, der kapitalistische Ausleseprozeß unmöglich und die Krise zur Dauererscheinung gemacht. Nur eine kräftige, an sozialistischen Gesichtspunkten orientierte Politik könnte diesen wirtschaftlichen und sozialen Leidensweg verkürzen. Dazu aber fehlt zur Zeit den im Staate verantwortlichen Leuten Mut und Glaube. Deshalb rechnen auch ernsthaftige Gelehrte, denen ein tiefer Einblick in den Mechanismus der Wirtschaft nicht abzusprechen ist, mit einer krisendauer von mehreren Jahrzehnten. Was sich in diesem tiefen Tal der Konjunktur noch alles ereignen wird, ist zur Zeit nur zu ahnen. Vielleicht wird es einmal zum Schauspiel **gigantischer Kämpfe** zwischen dem Kapitalismus und dem ihm gegenüberstehenden Heer derer, die eine höhere Form der Wirtschaft, den Sozialismus, zu erkämpfen haben. Und in diesem Heer werden die freien Gewerkschaften die Kerntruppe sein. Franz Vogt.

Der Schiedsspruch im Berliner Metallgewerbe.

Der Konflikt in der Berliner Metallindustrie wurde verblüffend einfach gelöst. Bekanntlich hatte der staatliche Schlichter einen Lohnschiedsspruch gefällt, wonach die Löhne um 8 Proz. herabgesetzt werden sollten. Daraufhin waren die Arbeiter in den Streik getreten, um die Verbindlichkeitsklärung zu verhindern und die Unterneher zu einer anderen Regelung zu zwingen. Nachdem der Streik 14 Tage gedauert hatte und keine Aussicht auf eine andere, zwischen Arbeitern und Unternehmern freiwillig vereinbarte Regelung bestand, griff der Reichsarbeitsminister Siegerwald ein. Er bewog Arbeiter und Unternehmer dazu, sich mit der Bildung einer unparteiischen Schlichterkommission einverstanden zu erklären. Diese Kommission sollte einen neuen Schiedsspruch erteilen, dem zu unterwerfen sich beide Parteien im voraus verpflichten mußten. Die Parteien erklärten sich einverstanden. Es wurden da zu dieser Kommission bestellt: der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der Duisburger Oberbürgermeister Dr. Jarres und der bekannte Frankfurter Professor Hugo Singheimer. Diese Kommission löste nun ihre Aufgabe so, daß sie den alten Schiedsspruch fast unverändert sich zu eigen machte. Lediglich das Tempo des Lohnabbaues wurde ein klein wenig gedrosselt. Der Schiedsspruch lautet:

1. Der zur Zeit geltende Lohnsatz bleibt bis zum 16. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
2. Die bisherigen Tarifmindestlöhne werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 Prozent gekürzt.
3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifmindestlöhne um weitere 3 Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 5 Prozent für alle übrigen Gruppen.
4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluß der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.

Berlin, den 8. November 1930.

Dr. S. Brauns. Dr. Jarres. Prof. Dr. Singheimer.

Dem Spruch ist folgende Begründung mit auf den Weg gegeben worden:

„Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, befreit das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt.

Dazu bedarf es wirksamer Preisentung auf allen Gebieten. Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite

her erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Gekostungskosten, daß an ihm nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird. Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Beziehung zur Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenngleich wohl die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedsspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise der gewerblichen Produkte wie auch der Lebensmittel von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es darauf an, daß diese Preisentung sich bis zum letzten Konsumenten durchzieht. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt sei und weitere Senkung bevorstehe.

Was das Ausmaß der Lohnkürzung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auszuwirken beginnt und daß der Arbeiterschaft Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihrer vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abwägung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedsspruches zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedsspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedsspruches schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Die Schlichter waren bei der Gestaltung ihres Schiedsspruches an den Inhalt des noch laufenden Manteltarifvertrages, in den ohne feststehende Einwilligung der Tarifvertragsparteien ein Eingriff nach einer befaßten Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts im Eisenkonflikt Nord-West 1928 nicht möglich ist, gebunden. Aus diesem Grunde mußte es bei der im Manteltarif geregelten Festsetzung der Mindestlöhne der Arbeiterinnen über 18 Jahre sein Bewenden behalten. Aus dem gleichen Grunde konnte auch die Frage der Arbeitszeit in diesem Verfahren nicht behandelt werden.“

duktionseinschränkung, also Drofflung der Warenherstellung, weil der Absatz fehlt. Der Absatz fehlt, heißt: es werden nicht genügend Waren gekauft. Genügend Waren werden eben nur dann gekauft, wenn genügend Geld unter den Massen, also genügend hohe Löhne vorhanden sind. Lohnsenkung vor der Preisentung aber schmälert die Kaufkraft noch mehr. Die Krise muß dadurch noch verschärft werden. Das ist die volkswirtschaftliche Seite dieser ganzen Frage. Und nur davon kann sich eine Regierung leiten lassen. Es sei denn, daß die besondere Geschäftslage des Industriezweiges, in dem die Streitfrage zur Entscheidung steht, eine dieser Besonderheit angepasste andere Behandlung erheischt.

Darum aber dreht es sich gegenwärtig nicht. Der gegenwärtige Regierungskurs ist von einer theoretischen Gesamtmagime bestimmt. Nicht die Entscheidung in „diesem“ Industriezweig ist es, was sie zu ihrem Kurs gebrängt hat, sondern die Entscheidung in der Gesamtkrise. Und so gesehen, ist ihr Kurs falsch.

Die Regierung geht von der Auffassung aus, daß deshalb, weil es uns volkswirtschaftlich schlecht geht, auch wirtschaftliche und soziale Fragen so behandelt werden müßten, als ob es nun auch jedem Unternehmen und jedem Industriezweig privatwirtschaftlich schlecht geht. Man scheint noch nicht begriffen zu haben, daß bei einer volkswirtschaftlich bedingten Krisennot sehr zufriedenstellende, ja geradezu glänzende privatwirtschaftliche Verhältnisse im Einzelunternehmen oder in der Einzelindustrie bestehen können.

Wir betonen auch hier wieder, daß für die Wirtschaftlichkeit nicht die Produktenmasse oder die Masse des Sozialproduktes Gradmesser sein kann, sondern das Verhältnis zwischen dem Produktenwert und den Selbstkosten.

Das kann man aber nicht errechnen an der Zahl der Arbeitslosen oder der Kurzarbeiter — die nur Merkmal einer volkswirtschaftlichen Krise sind —, sondern das kann man allein feststellen auf Grund einer bilanztechnischen Analyse des Einzelunternehmens oder der Einzelindustrie.

Alles andere sind Experimente. Und Experimentieren ist das gefährlichste, was eine Regierung unternehmen kann. Es ist zumindest eine Verkennung des privatkapitalistischen Wirtschaftsmechanismus, wenn man glaubt, durch einseitige Regierungsmaßnahmen eine direkte Korrektur dieses Mechanismus vornehmen zu können, wobei die notwendig ergänzenden Maßnahmen gutgläubig vorausgesetzt werden.

Es wäre deshalb der Regierung zu raten, ihre wirtschaftlichen Doktor-Eisenbart-Künste nicht weiter zu versuchen und sich auf ihre natürliche Rolle zurückzuziehen: Mittler im Einzelstreit sein zu können. Alle Einzelstreitigkeiten aus ihren besonderen Bedingungen heraus richtig lösen zu helfen, das ist die beste Volkswirtschaftspolitik, die eine Regierung bezüglich der hier behandelten Probleme machen kann!

Unternehmerverbände im deutschen Bergbau.

Sehr oft muß man erleben, daß eifrige Verbandskameraden den Sinn unserer Organisation in der Tatsache erblicken, daß auch die Grubenbesitzer organisiert sind. Forscht man jedoch in Kameradentreiben weiter, wie die Unternehmer organisiert sind, dann erhält man in der Regel sehr unsichere und oft falsche Antworten. Diese Unwissenheit ist sehr verständlich, wenn man bedenkt, daß es wirklich nicht einfach ist, die organisatorischen Zusammenhänge der Unternehmerverbände zu erkennen und zu würdigen. Es fehlte bisher vor allem an einer zusammenfassenden und übersichtlichen Darstellung der weitverzweigten Unternehmerorganisationen im Bergbau und damit dem einzelnen Kameraden auch die Möglichkeit, sich eingehend zu informieren.

Diesen Uebelstand zu beseitigen, ist der Zweck einer 54 Seiten starken Schrift, betitelt: „Die Unternehmerverbände im deutschen Bergbau“, verfaßt von J. Triem und herausgegeben vom Vorstand unseres Verbandes. In sehr anschaulicher Form wird in der Schrift zunächst gezeigt, daß man unterscheiden muß zwischen sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Unternehmerverbänden. Zu letzteren zählen vor allem die Bergbauvereine, die in allen größeren Bergbauregionen vorhanden sind. Unter sozialpolitischen Verbänden hat man dagegen die gewerkschaftlichen Gegenpole, die sogenannten Arbeiterverbände, zu verstehen. Beiden Organisationsarten, die in allen Bezirken vertreten sind, ist gemeinsam, daß sie ihre letzte Ausprägung in großen Reichsverbänden finden. Diesen Reichsorganisationen gehören aber nicht nur die bergbaulichen Bezirksorganisationen, sondern auch die gleichartigen Vereinigungen anderer Berufe und Wirtschaftszweige an. Es ist also ein buntes vielfältiges Organisationsgebilde, das uns in der Schrift vor Augen geführt wird. Daß man dennoch keinen verwirrenden Eindruck, sondern einen klaren und nachhaltigen Einblick in das Organisationswesen der Unternehmer erhält, verdanken wir der einfachen und übersichtlichen Form, in der uns der Inhalt dieser lehrreichen Schrift dargeboten wird. Das Bemerkenswerteste an dieser Broschüre aber ist, daß die Fülle des eindeutigen Tatsachenmaterials über die Unternehmerorganisationen so überzeugend wirkt, daß es unter den Bergarbeitern über die Notwendigkeit und den Zweck einer Organisation keine Meinungsverschiedenheiten mehr geben darf. Darf? Jawohl! Denn diese Schrift gehört auch vor allem in die Hand der nichtorganisierten Bergarbeiter! Sie ist nicht nur ein ausgezeichnetes Lehr-, sondern ein hervorragendes Werbemittel.

Zu beziehen ist die Broschüre durch die Firma S. Hansmann & Co. in Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42. Der Preis für Organisationsmitglieder beträgt 25 Pf. Alle Interessenten aus unserem Mitglieder- und Funktionärkreis wenden sich am besten an die Vertrauensleute unserer Zahlstellen, damit diesen auf dem Wege eines Sammelbezuges die Broschüre schnellstens übermittelt werden kann.

Regierungspolitik gegen Krisennot.

P. Z. Der Schiedsspruch im Berliner Metallgewerbe bedeutet eine Verhöhnung der Arbeiterschaft einerseits und eine Blamage für die Sonderschlichter andererseits. Um diese Lösung zu finden, hätte es wirklich nicht einer besonderen Musse für das Schiedsrichteramt bedurft. Vorher die Parteien verpflichtet, sich dem zu fallenden Spruch zu unterwerfen, um dann dieselben Bedingungen als Lösung zu unterbreiten, die zu dem Konflikt geführt haben, das hätte man ebenso gut besorgen lassen können durch den Verkehrssekretär auf dem Potsdamer Platz. Schlichter hätte er es bestimmt nicht gemacht.

Das mag für die für diesen Spruch verantwortlichen Stellen — wozu wir nicht nur die Sonderschlichter rechnen — etwas hart klingen. Aber von einem Sinn für psychologische Werte in der Politik und von diplomatischem Fingerspitzengefühl läßt diese Regelung rein gar nichts erkennen.

Man muß bedenken, daß die Berliner Metallarbeiter im Streik standen, den sie nur deshalb abbrechen, weil eine Neuschlichtung in ihrem Lohnstreit mit den Unternehmern zugesagt wurde. Daß das normalerweise nur bedeuten konnte, daß sie eine absolute Verbesserung des alten Schiedsspruches erwarteten, dürfte wohl niemand den Mut haben zu bezweifeln. Auch die Sonderschlichter dürften niemanden überzeugen können, daß sie den Willen der Arbeiter anders aufgefaßt hätten. Daß sie trotzdem diesen Willen brüskierten und den alten Schiedsspruch, etwas verzußert, erneut vorlegten, beweist, daß sie sich nur von einem toten Verwaltungsgesicht leiten ließen. Vom Standpunkt der Metallarbeiter läßt sich hinter der Entscheidung nur Hinterlist als leitendes Motiv erkennen. Die Sonderschlichter können sich vielleicht hiergegen in gutem Glauben verteidigen, aber nicht beschweren. Diese Entscheidung macht ihnen weder als Mensch noch als Politiker Ehre.

Uns interessiert hier nur die politische Seite der Angelegenheit. Und diesbezüglich wird sich der Spruch der Sonderschlichter wahrscheinlich bald als eine geradezu täppische Unklugheit erweisen. In dieser schweren Krisennot wäre nichts notwendiger gewesen, als der Arbeiterschaft die Objektivität, die Unparteilichkeit der sozialen Verwaltungsinstanzen zu beweisen.

Der Schiedsspruch hat das Gegenteil getan. Er hat das Mißtrauen der Arbeiterschaft diesen Instanzen gegenüber aufs höchste gesteigert. Das ist in dieser Zeit zehnmal gefährlicher für die Gesamtsituation in Wirtschaft und Politik, als einige Prozente Lohn, die angeblich auch einer Krisenlösung Herab im Wege stehen.

Wir wollen dabei gar nicht in Betracht ziehen, welcher gewaltigen Stoß mit dieser Lösung der Schlichtungsgebäude an sich bekommen hat. Das ist gerade jetzt doppelt schwerwiegend, wo man sich in den verantwortlichen Instanzen in dem Gedanken wiegt, durch Rückwärtschlichten, das heißt durch Lohnsenkung mittels des Schlichtungsapparats die Krise mildern und gar beseitigen zu können.

Das Ganze droht zu einem gefährlichen Spiel zu werden. Glauben die verantwortlichen Instanzen, nur auf Grund ihrer formalen Rechts- und Machtstellung dieses Spiel einseitig gegen die Arbeiter üben zu können? Wo bleiben die Rechts- und Machtprüche gegenüber den sozialen Gegenspielern der Arbeiter, den Arbeitgebern und Geschäftsunternehmern?

Es handelt sich doch hier um ein abgerundetes System, das die verantwortlichen Instanzen durchzuprobieren gedenken: durch Lohnsenkung zur Preisentung!

Die Lohnsenkung wird diktiert, unbedenklich, kraft Rechts. Die Preisentung wird empfohlen, man verhandelt, man hofft.

Nein, so geht das nicht! Hier müssen die verantwortlichen Instanzen umlernen. In Zeiten des Aufstiegs ist staatliche Schlichtung keine Kunst. Sie hat nur den Ausgleich zu schaffen zwischen der Preisveränderung und den Löhnen. Sie besteht gewissermaßen in dem Angleichen des Lohnindex an den Preisindex.

Die Preise unterliegen eben der freien Entscheidung der Unternehmer und Händler. Solange eine Erhöhung in Frage kommt, ist diese Entscheidung leicht gefällt. Man kann dabei völlig außer Betracht lassen, ob die Preise zuerst steigen oder die Löhne. Die Angleichung der Preise nach oben bedeutet nie eine Schwierigkeit. Wohl-gemerkt: in der Hochkonjunktur!

Anders wird es in der Krise. Die Krise erzwingt fallende Kurven, sowohl für Löhne als auch für Preise. Die Absicht der zur Zeit verantwortlichen Instanzen geht nun dahin, diese Entwicklung zu beschleunigen, um die Krisenperiode abzukürzen. Das ist der Sinn der Parole: durch Lohnsenkung zur Preisentung!

Wir wollen hier nicht über den Wert dieser Parole reden. Was uns hier beschäftigt, ist die Problematik solchen Beginns. Und wir sagen, daß hier die einseitige Einwirkung über die staatliche Schlichtung auf die rückwärtige Lohnbildung sich bald als ein sehr gefährliches Beginnen erweisen wird. Das wird sich deshalb sehr bald als gefährliches Spiel erweisen, weil die Preise sich ebenfalls nur unter Zwang nach unten bewegen.

Die einseitig erzwingene Lohnsenkung mildert aber den wirtschaftlichen Zwang zur Preisentung, erschwert also die Preisentung selbst. Das weitmachen zu können durch einen Appell an die Einsicht und Vernunft der Wirtschaftsenden aber kann sich nur jemand einbilden, dessen Harmlosigkeit überboten wird.

Es soll damit gesagt sein, daß also eine Lohnsenkung auf Grund rechtlicher Entscheidung nur dann gerechtfertigt gelten kann — immer vom Standpunkt der Regierung aus gesehen und ihrer Absicht: durch Lohnsenkung zur Preisentung —, wenn gleichzeitig die Preisentung jedermann, besonders dem Arbeiter, als tatsächlich gegeben erscheint.

Wie ist solcher Verlauf zu ermöglichen? Hier gibt es nur zwei Wege: Entweder die Schaffung von Preisbildungsinstanzen analog den Lohnschlichtungsinstanzen — oder aber die Lohnschlichtungsinstanzen machen zur Bedingung, daß die der freien Entscheidung unterliegende Preisbildung nach unten als Gradmesser für die mögliche Lohnsenkung zu gelten hat.

Das ist nicht nur ein Gebot der politischen Klugheit, sondern auch der wirtschaftlichen. Die Krise beruht doch, marktpolitisch gesehen, auf dem Mißverhältnis zwischen Massenkaufkraft und Produktion. Krise heißt doch Pro-

Schlichtungsverhandlungen im Ruhrbergbau.

Unglaublicher Schiedspruch. — Die Mehrarbeit soll bleiben.

Wie wir schon früher berichtet haben, fanden am 20. Oktober in Essen Verhandlungen über den Fortfall der Mehrarbeit im Ruhrbergbau statt. Infolge der ablehnenden Haltung des Zechenverbandes mußten diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Die Unternehmer haben daraufhin den Schlichter um die Einleitung von Schlichtungsverhandlungen ersucht, die am 12. November in Essen unter Vorsitz des Schlichters für Westfalen, Regierungsrat Professor Dr. Brahn, stattfanden.

In diesen Schlichtungsverhandlungen hielten die Unternehmervertreter, genau wie bei den ersten Verhandlungen, an ihrem ablehnenden Standpunkt fest. Sie ließen nicht nur den Willen vermissen, die Mehrarbeit zu beseitigen, sondern sie verlangten darüber hinaus das Recht auf Verfahren von Ueberhörschichten, um angeblich im Falle einer günstigeren Konjunkturlage mehr Spielraum in der Arbeitszeitgestaltung zu haben. Ihre völlig unsoziale und ablehnende Stellungnahme zur Wiedereinführung der Siebenstundenschicht begründeten die Unternehmer mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit einer Selbstkostenreduzierung. Diese Senkung der Gesteungskosten sei für den Ruhrbergbau besonders dringlich, nachdem ab 1. Dezember eine Ermäßigung der Kohlenpreise um 6 Prozent geplant sei. Die von den Gewerkschaften eingeleitete Kündigung der Mehrarbeit mit dem Ziel, unter Tage die Siebenstundenschicht und über Tage die achtfünftägige Arbeitszeit einzuführen, würde aber nach ihrer Meinung eine erhebliche Steigerung der Selbstkosten bringen. Eine Steigerung der Selbstkosten jedoch — so führten die Zechenherren weiter aus — dürfte die Preissenkung illusorisch machen, zu einer weiteren Verminderung des Kohlenabsatzes und damit zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit führen.

Entgegen dieser Auffassung vertraten die Gewerkschaftsvertreter die Ansicht, daß die Beseitigung der Mehrarbeit im Ruhrbergbau wirtschaftlich durchaus tragbar sei. Diese Feststellung sei nicht eine willkürliche Behauptung, sondern stütze sich auf ernsthaft betriebwirtschaftliche Untersuchungsergebnisse. Man brauche nur die gesunkenen Lohn- und Materialkosten sowie die Preisentwicklung seit 1928 in Betracht zu ziehen, um zu erkennen, daß zwischen den Gesteungskosten und Erlösen im Ruhrbergbau eine beachtliche Spanne vorhanden sein muß. Aber selbst wenn die Behauptung der Zechenvertreter richtig wäre, daß sie gegenwärtig nicht mit Gewinn, sondern mit Verlust wirtschafteten, dann sei dieser Einwand nicht stichhaltig, da unter dem Druck der außergewöhnlich hohen Zahl von Arbeitslosen und der Wirtschaftsnote auch die Unternehmer Notopfer bringen müßten. Nach den Geschäftsergebnissen im letzten Rekordjahr des Bergbaues habe diese Forderung eine ganz besondere soziale Berechtigung. Wichtiger als die Erzielung einer angemessenen Kapitalrente sei gegenwärtig die Milderung der drückenden Arbeitslosigkeit. Die Linderung der ungeheuren Arbeitslosennot könne aber nur erzielt werden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit, da selbst eine ausgesprochene Hochkonjunktur die heutige Arbeitslosigkeit nicht völlig beseitigen dürfte. Nach Meinung der Gewerkschaften sei eine Arbeitsbeschaffung nur möglich durch eine Verkürzung der Arbeitszeit. Wie sollen andernfalls — so führten die Gewerkschaftsvertreter weiter aus — die allein in diesem Jahre im Ruhrbergbau entlassenen 82 000 Bergarbeiter wieder Beschäftigung finden, nachdem die Gesamtzahl der Arbeitslosen in Deutschland zur Zeit 3,2 Millionen beträgt und in den nächsten Monaten noch weiter steigen dürfte? Abgesehen von diesen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Erwägungen hätten die Ruhrbergarbeiter aber auch ein starkes moralisches Recht auf die Wiedereinführung der Siebenstundenschicht, nachdem man diese im Dezember 1923 unter völlig anomalen wirtschaftlichen Zuständen beseitigt habe mit der ausdrücklichen Zusage, nach Erlangung der Friedensleistung wieder die kürzere Arbeitszeit einzuführen. Diese Friedensleistung sei aber nicht nur erreicht, sondern um mehr als 40 Prozent überschritten.

Nachdem die Gewerkschaftsvertreter in diesem Sinne ausführlich die Beseitigung der Mehrarbeit begründet hatten, die Unternehmervertreter jedoch kein Entgegenkommen zeigten, wurde nach mehrstündiger Verhandlung unter Vorsitz des Schlichters eine Schlichterkammer gebildet, der je sechs Vertreter von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite angehörten. Nach mehrstün-

digen Verhandlungen in der Schlichterkammer wurde schließlich ein Schiedspruch gefällt, der das bisherige Arbeitszeitabkommen unverändert läßt und bis zum 30. September 1931 wieder in Kraft setzt. Der Schiedspruch lautet wörtlich wie folgt:

„1. Das bestehende, vom 1. Juli 1929 an gültige Mehrarbeitsabkommen wird über den 30. November hinaus bis zum 30. September 1931 verlängert. Es kann für diesen Zeitpunkt erstmalig am 1. August 1931 und dann halbjährlich mit zweimonatiger Frist gekündigt werden. In jedem Falle muß zwei Wochen vor der Kündigung von der kündigenden Partei der anderen Partei die Kündigungsabsicht durch eingeschriebenen Brief mitgeteilt werden.“

2. Ueber Absatz 1, Satz 2 des Mehrarbeitsabkommens betreffend die Arbeitszeit auf den Zechen, in denen mehr als 50 Prozent der unterirdischen Belegschaft in Temperaturen über 26 Grad Celsius arbeiten, wird zwischen den Parteien im Schlichtungsverfahren neu verhandelt.

3. Die Parteien haben dem Schlichter bis zum Montag, dem 17. November 1930, Ablehnung oder Annahme dieses Schiedspruches mitzuteilen.“

Nachdem die Bergarbeitervertreter ihre berechtigten Forderungen nach jeder Richtung mit beweiskräftigem Material begründen konnten, die Unternehmer aber die angebotene Kostenprüfung, gestützt auf die Positionen des Schmalenbach-Gutachten, ablehnten, ist dieser Schiedspruch nicht nur für die Bergarbeiter, sondern allen Einsichtigen völlig unverstänlich. Er ist um so weniger zu verstehen, nachdem die Zechenherren für die angebliche Verlustwirtschaft keine positiven Beweise erbringen konnten, die Gewerkschaftsvertreter, wie bereits betont, jedoch zu einer Nachprüfung durchaus bereit

Grubenbefahrung durch Gewerkschafts-angestellte.

Die Situation, die der Funktionär bei seiner Werberätigkeit draußen vorfindet, ist heute grundverschieden von der vor dem Kriege. Damals waren die Gewerkschaften, angefeindet von allen Schichten der Bevölkerung und selbst von der Staatsmacht, darauf angewiesen, durch reine Agitation unter den Arbeitern so mächtig zu werden, daß die Unternehmer sie als die Interessenvertretung der Arbeiterklasse anerkennen mußten. Dieser in den vorhandenen Tatsachen ruhende Oppositionsgeist der Bewegung barg eine gewisse Romantik in sich und bewirkte, daß die Gewerkschaftsbewegung den stürmenden Elan besaß, den heute viele zu vermessen glauben. Hinzu kam, daß die verheerende Selbstzerfleischung innerhalb der Arbeiterklasse nicht so stark war, wie wir sie durch das Auftreten der Kommunisten mit ihren verwerflichen Kampfmethoden jetzt zu verzeichnen haben.

Ueber den Kampf um die Anerkennung als Interessenvertretung der Arbeitnehmer sind wir heute hinweg. Wir sind darüber hinaus mit dem Staatsgetriebe eng verbunden. Dies hat uns sehr viele Vorteile eingebracht. Aber wie alles eine angenehme und eine unangenehme Seite hat, so auch die gegenwärtige stärkere Verbundenheit mit dem Staat. Wir sind mit dem Gewicht der Verantwortung belastet und oft wird diese Tatsache gerade bei der Werbung um neue Mitglieder als allzu-schweres Bleigewicht empfunden. Die Tatsache, daß nicht alles „in Butter“ ist im heutigen Staat, wird uns — meist zu Unrecht — in die Schuhe geschoben und wirkt hemmend in der Agitation. Dies können wir nicht beseitigen und müssen uns damit abfinden. Was wir tun können, ist, daß wir für weitestehende Aufklärung über diese Dinge sorgen.

Durch die Hege, die von Unternehmerseite und nicht zuletzt von unseren „Freunden“ von links gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und gegen die besoldeten Gewerkschaftsfunktionäre, mit anderen Worten: gegen die „Bonzen“ im besonderen systematisch betrieben wird, ist das Vertrauen zwischen Gewerkschaftsführung und Arbeiterklasse stark untergraben worden. Nicht so sehr gegenüber den Mitgliedern, die durch persönliche Führungsnahme sich ja immer wieder von der Wahrheit und Güte der verbreiteten Behauptungen und Verleumdungen überzeugen können. Um so mehr aber zwischen den Unorganisierten und dem besoldeten Gewerkschaftsfunktionär. Hier stellen sich der Agitation ungeheure Hemmnisse entgegen. Wir dürfen deshalb

waren. Daß der Schlichter dennoch diesen Spruch gefällt hat, läßt vermuten, daß es ihm weniger darauf ankam, nach wirtschafts- und sozialpolitischen Gesichtspunkten, als nach einer bestimmten politischen Richtlinie zu arbeiten. Wie sehr man dadurch jedoch die Lebensrechte der Bergarbeiter vergewaltigt, das dürfte der 1. Dezember beweisen. Läßt man nämlich von seiten der Reichsregierung, ganz besonders des Reichsarbeitsministeriums, durch die Nichtverbindlichkeitserklärung den Bergarbeitern rechtlich die Möglichkeit, an diesem Tage praktisch nach 7 Stunden auszufahren, dann wird kein Ruhrbergmann auf dieses Recht verzichten. Das beweist aber, wie sehr es den Bergarbeitern trotz ihrer ungünstigen materiellen Lebenslage auf eine Verkürzung der Arbeitszeit ankommt. Diejenigen, die den vielgeplagten Bergmann daran hindern, von seinem Rechte Gebrauch zu machen, dürfen also für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, dem in den letzten Monaten soviel bemitleideten Bergmannsstand neues Unrecht zugefügt und im Interesse der „Bolschewistik“ neue Opfer aufgebürdet zu haben.

Die Vertreterversammlungen der organisierten Bergarbeiter, die am Sonntag, dem 16. November, zu diesem Schiedspruch Stellung nehmen, werden deshalb zu einer entschiedenen Ablehnung kommen müssen. Sie werden darüber hinaus die Organisationsleitungen ersuchen müssen, mit allen Kräften die Verbindlichkeitserklärung zu verhindern. Es dürfte nämlich keinen Bergarbeiter geben, der den Inhalt dieses Schiedspruches nicht als empörend und aufreizend, im Hinblick auf die Arbeitslosennot geradezu als „flandalo“ empfindet.

Offenlich befindet sich die Regierung in letzter Stunde noch darauf, daß den Bergarbeitern, nachdem sie bereits soviel unwillkürliche Opfer in diesem Jahre bringen mußten, obwohl sie in der Entlohnung unter anderen Berufen erst an 16. Stelle stehen, nicht weitere Opfer zugemutet werden dürfen. Das Arbeitsverhältnis und der Lebensstandard des deutschen Bergmanns ist an einem Punkte angelangt, dessen Ueberschreitung eine soziale Brandstiftung von unübersehbaren Folgen bedeuten muß.

nichts unversucht lassen, diese zu beseitigen. Der Angestellte der Gewerkschaft muß auch in den Augen des Unorganisierten weder das werden, was er in Wirklichkeit ist: sein Interessenvertreter und nicht ein Parvenu, der auf seine Kosten leben möchte. Dieses Vertrauen müssen wir auf neuen Wegen wiedergewinnen.

Wie liegen die Verhältnisse bei uns im Bergbau? Der besoldete Funktionär verliert in starkem Maße die Verbindung mit den unorganisierten Kameraden. In unseren Versammlungen kommt er nur mit unseren Mitgliedern in Berührung. An die Arbeitsstelle, in die Grube kommt er nicht mehr. Hier scheint mir die Stelle zu sein, wo wir einhaken können. Versuchen wir als Organisation, uns das Recht zu erwirken, daß jeder Angestellte unseres Verbandes die Berechtigung bekommt, in kurzen Zeitabständen mindestens jeden Monat einmal in die Grube zu fahren. Was würden wir damit erreichen? Das Verhältnis zwischen Berufsangehörigen und Organisationsvertretern würde und müßte ein besseres werden. Der unorganisierte Bergmann würde mit eigenen Augen sehen, wie eng verbunden der Angestellte seiner Berufsorganisation mit ihm noch ist — er versucht doch an Ort und Stelle seine Wünsche und Beschwerden kennenzulernen. Aber auch für die Angestellten selbst wäre dies ungeheuer vorteilhaft, würden sie doch ständig über den technischen Stand der Betriebe gut unterrichtet sein. Und ich glaube, auch die Grubensicherheit würde dadurch in weitem Maße gefördert werden, auch dann, wenn sie keine weiteren Rechte als eben nur das Recht zum Anfahren hätten. Die letzten traurigen Ereignisse im Aachener und Saargebiet lassen mir diese Forderung auch von diesem Gesichtspunkt aus für notwendig erscheinen.

Dann wäre noch einiges zu sagen, wie diese Forderung verwirklicht werden könnte. Wir scheinen zwei Wege gangbar zu sein: der durch freiwillige Vereinbarung und der über die Gesetzgebung. Im englischen Bergbau haben die Gewerkschaftsangeestellten dieses Recht durch Vereinbarung. Ja, dort schließen die Gewerkschaftsangeestellten mit der Verwaltung sogar das Bedinge ab. Es wäre also zu versuchen, durch freiwillige Vereinbarung mit den Unternehmern dieses Recht zu erwirken. Je mehr sich diese dagegen sträuben, um so mehr hätten wir dann Veranlassung, diese Forderung auf gesetzlichem Wege durchzusetzen. Für Preußen scheint mir das nicht so unmöglich zu sein. Die vorteilhaftesten Auswirkungen einer Verwirklichung dieses Bedankens liegen darin, daß das Band zwischen allen Berufsangehörigen und der Berufsorganisation sehr viel fester, die Grubensicherheit weiter erhöht und darüber hinaus der Wirkungsbereich der Organisation erweitert würde. J. Mugrauer.

Erlebnisse in der Sowjetunion.

Als der Ruf ertönte: „In Rußland gibt es Arbeit und Brot“, bin auch ich diesem Rufe gefolgt, um nach Rußland auszuwandern. Meine Abreise erfolgte am 3. August 1930. Nach zweitägiger Bahnfahrt erreichten wir die russische Grenzstation Schepetowka, wo wir drei Tage verweilten. Raum angenommen, traf ich dort deutsche Frauen, deren Familien in deutschen Siedlungen leben und Landwirtschaft betreiben. Ein altes Mütterchen mit schneeweißem Haar trat mit folgenden Worten auf mich zu: „Mein lieber Herr, das Herz im Leibe bricht, wenn ich die deutsche Sprache höre. Was wollen Sie hier in Rußland?“ Meine Erwiderung war: „Wir sind gekommen, um zu arbeiten, euch mitzuhelfen am Aufbau und uns eine neue Heimat aufzubauen.“ Das alte Mütterchen schüttelte mit dem Kopfe und erklärte: „Mein lieber Herr! So wahr ich mein weißes Haupt trage: Sie sind keine drei Monate in Rußland. Denken Sie an meine Worte. Auch wir darben!“ Dann erklärte sie weiter auf meine Vorhaltungen, warum sie sich dem Staate nicht fügen: „Wieder sterben wir, als daß wir in die Kollektivwirtschaft uns einreihen!“

Dies war der erste Eindruck. Sonst war der Empfang glänzend, auch die Verpflegung gut. Nach drei Tagen ging die Fahrt weiter bis zur Stadt Charkow. Auch dort wurden wir glänzend verpflegt. Von dort ist nichts Wesentliches zu berichten. Nach einstäglichem Aufenthalt ging es weiter nach Tula. Wieder glänzender Empfang, alle wurden in einem Hotel verpflegt und für eine Nacht einlogiert. Der langersehnte Schlaf wurde uns durch Ungeziefer vereitelt. Die Zimmer des Hotels waren voller Wanzen. Für uns war es aber höchste Zeit, daß wir den Bestimmungsort erreichten, denn die Hälfte von uns war krank, besonders die Frauen und Kinder. Als wir den Bestimmungsort (Bobriß) erreichten, wurden wir mit Musik von der Bahn abgeholt. Die Kameraden, die Frauen und Kinder bei sich hatten, bekamen je Familie ein Zimmer und mußten mit zwei bis drei Familien eine Küche teilen. Wir anderen wurden in einer Baracke untergebracht, je sechs bis sieben Mann ein Zimmer, das dermaßen verwanzt war, daß an Schlaf überhaupt nicht zu denken war. Nach einer Woche kam endlich der langersehnte Kammerjäger, um uns von diesen Qualgeistern zu befreien. Alle zu vertilgen war auch diesem eine Unmöglichkeit.

Zu meinem größten Erstaunen war ich auf einem Braunkohlen-schacht gelandet, während ich doch im Donezgebiet als Gesteins-hauer verwendet werden sollte.

Nun ging es zur Arbeit auf dem Rukow-Schacht III, 56 Meter tief, ganz altertümlich eingerichtet. Die Fördermaschine bedient eine Frau. Wir kamen alle vor Ortsbetriebe. Eine Marken- oder Lampenstube gab es nicht. Jeder nahm seine Benzinklampe mit in die Baracke. Zur Badeanstalt gingen wir vom Schacht erst 10 Minuten zu unserer Baracke, holten unsere Kleider, ließen dann weitere 5 Minuten bis zur Badeanstalt, die drei Brausen enthielt, des weiteren 25 bis 30 Wasserfüßel, welche man volllaufen ließ und dann über den Kopf stülpte. Das war unsere Badeanstalt. Glück mußten wir haben, wenn diese Badeanstalt die halbe Zeit in Ordnung war.

Nun zur Lebensmittelfrage. Hier bestand eine Lebensmittelkommission, die aber so „lauber“ arbeitete, daß es uns unmöglich war, das vom russischen Koch zubereitete Essen zu verdauen. Dieser gute Mann setzte das bißchen Fleisch, das uns zugeeilt war, zu anderen Zwecken um. Das Ende war: jetzt kocht eine deutsche Frau. Auch wurde eine andere Lebensmittelkommission gewählt, der auch ich angehörte.

Auf dem Papier standen genug Lebensmittel. Bekommen sollten wir pro Tag 350 Gramm Fleisch oder eine entsprechende Menge gesalzenen und getrockneten Fischs, des weiteren monatlich 90 Eier usw. Aber zu haben war bitterwenig. Der russische Kamerad bekam überhaupt nichts, darum auch der Haß den Deutschen gegenüber. Die deutsche Köchin ist wiederholt beschimpft, auch mal angepöckelt worden. Erklärt wurde ihr: „Was wollt ihr Deutschen hier? Bleibt doch in Deutschland! Wir können unser bißchen Lebensmittel selber essen!“ Wir wurde von einem russischen Kameraden die Frage gestellt, ob es auf Wahrheit beruhe, daß in Deutschland solch große Hungersnot wäre. Ich habe ihm die Wahrheit nicht vorenthalten. Für einen Deutschen ist es eine Unmöglichkeit, mit den Lebensmitteln auszukommen.

Nun komme ich zu dem eigentlichen Lohn des russischen und deutschen Bergarbeiters. Der Durchschnittslohn für den russischen Hauer beträgt 3,75 Rbl., der Zimmerhauerlohn 2,15 und 2,35 Rbl. Der Zimmerhauer muß drei Baue (Hölzer) je Schicht leisten. Der Schleppler verdient täglich 2,35 Rbl., der Bohrmeister

2,60 Rbl., der Schießmeister monatlich 85 Rbl., der Schienenleger 35 Kopeken pro Meter. Ein russischer Hauer muß pro Tag 16 Wagen liefern. Kann er diese in sechs Stunden nicht liefern, dann muß er solange schuften, bis er sein Soll hat, gleichviel, um wieviel Stunden sich seine Schicht verlängert. Wer eine oder mehrere Schichten im Monat feiert, bekommt pro Schicht 40 Kopeken abgezogen.

Nun das Bedingewesen. Der deutsche Bergarbeiter muß hier aufpassen, sonst wird er nicht klug aus solch einem Bedinge. Er erhält nach dem Schießen 56,3 Kop., mit der Hacke nach dem Schießen 66,6 Kop., mit der Hacke ohne Schießen 70 Kop., mit dem Abbaumhammer ohne Schießen 59,5 Kop. Die frühere Leistung der Russen betrug an unseren Arbeitsstellen pro Mann 4 Wagen. Von uns wurde eine Leistung von 8 bis 10 Wagen pro Mann laut Bedingeregulation verlangt. Nach dem Bericht der deutschen Kommunisten („Westk. Kämpfer“ vom 18. August 1930) erhalten sämtliche Deutsche nach Ablauf von drei Monaten den russischen Tarif, wonach der Bedingelohn des Hauers, auf entsprechende Wagenzahl berechnet, 3,75 Rbl. beträgt. Im August und September haben wir pro Schicht 6 Rbl. verdient.

Jetzt führe ich einige kleine Beispiele aus dem Leben an: In der Kooperative (Konsumverein) kosten ein Paar Schuhe 10 bis 12,50 Rbl., eine Hose 10 bis 12 Rbl. Ohne Bezugsschein gibt es nichts. Der jetzige Hauerlohn beträgt 3,75 Rbl., also muß der Russe für eine Hose oder ein Paar Schuhe drei Tage arbeiten. Nun noch ein Beispiel aus dem „Freihandel“ (Schleich- und Kettenhandel): Im Freihandel kosten ein Paar Schuhe 80 Rbl., ein Paar Stiefel 180 Rbl., ein Pfund (400 Gramm) Butter 10 Rbl., ein Pfund Fleisch 1,50 bis 2 Rbl. Nach reichlicher Ueberlegung haben wir uns mit mehreren Kameraden entschlossen, zurückzufahren. Wir hatten dieserhalb mit der Direktion eine dreitägige Verhandlung. Am zweiten Tage der Verhandlung brachten es deutsche Kommunisten fertig, uns das Essen zu verweigern. Von uns zur Rede gestellt, konnten diese kein Wort der Verteidigung anbringen.

Darauf war unser Plan, in die Heimat zurückzufahren, fertig. Wir fuhren dann einen Tag und eine Nacht bis Charkow. Man hat uns nämlich in Bobriß erklärt, unsere Pässe befänden sich in Charkow. Dort erhielten wir den Bescheid: „Eure Pässe

Verbandskonferenzen.

Bezirk Hannover.

In der am 2. November in Hildesheim stattgefundenen Konferenz der Vertrauensleute und Betriebsräte aus der Kalk- und Braunkohlenindustrie berichtete Kamerad Rauch zuerst über den Verlauf der Konferenz in Halle, um dann die Weltwirtschaftskrise als Thema zu behandeln. Die Krise, die sich über ganz Europa erstreckt, sei eine Absatzkrise. Eine enorme Ueberproduktion sei vorhanden, die sich täglich durch die sinkende Tendenz der Kaufkraft der breiten Massen immer noch steigert. Die gewaltige Entwicklung der Technik sei die Veranlassung der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Europa, in der ganzen Welt. Um der Arbeitslosigkeit die Grenze zu setzen, müssen die freien Gewerkschaften einen Weg vorbereiten, dem eine wesentliche Besserung auf dem Arbeitsmarkt im Interesse der Arbeitslosen folgen müsse. Es gibt Wege, die Verhältnisse zu bessern. Unsere Organisation sei fest entschlossen, kein Mittel unverzucht zu lassen, um mit Hilfe auch der Bergarbeiterinternationale ganz allgemein die Arbeitszeit im Bergbau zu verkürzen, um dadurch einen großen Teil der jetzt arbeitslosen Bergarbeiter wieder in den Produktionsprozess einzureihen.

Die Konferenz in Halle habe einstimmig die Kündigung der Mehrarbeitsabkommen in der mitteldeutschen Braunkohle sowie in der Kalkindustrie beschlossen.

Kamerad Rauch empfahl der Konferenz, die in Halle gefassten Beschlüsse gutzuheißen.

Gegen zwei Stimmen wurde dann folgende Entscheidung angenommen:

„Im Augenblick schwerster wirtschaftlicher Depression erblickt die Konferenz eine außerordentliche Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitsmarktlage dadurch, daß die Leistung der überarbeiteten Ueberstunden immer noch vorhanden ist. Die Funktionäre beschließen deshalb, daß die Organisation alles daransetzt, im Zusammenwirken mit den Betriebsräten die Ueberstunden und Ueberstunden zu verhindern, da diese den Kampf um die Beseitigung der tariflichen Mehrarbeit wesentlich erschweren.“

Die Knappschaffsfragen besprach Kamerad Bode. Er führte etwa folgendes aus: Die ungeheure Wirtschaftskrise droht auch die Sozialgesetzgebung zu zerlegen. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen müssen mit Rücksicht auf den bedacht werden. Die rechtsgerichteten Körperlichkeiten versuchen aber, ohne Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse diese Zuschüsse zu unterbinden, so daß die Gefahr besteht, daß die gesamte Sozialversicherung aus eigenen Mitteln finanziert werden muß. Durch die Zuschüsse, die der Reichsknappschaff aus der Ver Brünning in Höhe von 75 Mill. M. jährlich zufließen sollten, konnte die Reichsknappschaff die Bezirksknappschaffen und sich selbst zur Genüge erhalten und finanzieren. Diese Zuschüsse haben aber durch die Notverordnung vom 7. Juli 1930 vorläufig ihr Ende gefunden. Nur 105 Mill. M. hat die Reichsknappschaff durch die Ver Brünning erhalten. Mit Hilfe dieser Zuschüsse ist aber nicht die Knappschaff an sich, sondern die Ueberstunden in der letzten Jahre und vorher gesenkt worden. Die erheblichen Verluste an Beitragszahlern für die Knappschaff und die verhältnismäßig hohen Anforderungen vermehrter Leistungen durch Zwangspensionen usw. haben die knappschaffliche Versicherung in Bedrängnis gebracht. Es gilt nun, Mittel und Wege zu finden, damit die Knappschaff unter allen Umständen der Bergarbeiterschaft erhalten bleibt. Kamerad Bode wies nach, daß die erlassenen Bestimmungen zur Notverordnung bezüglich der Krankenversicherung große Lücken enthält. Vor allem muß auf die Bewusstseins- und Kontroll der Beiträge mit den Knappschaffsärzten, Zahnärzten usw. der größte Wert gelegt werden, um in dieser Beziehung größere Ausgaben in der Krankenversicherung zu vermeiden.

Der Vertrauensmann der Verzichterten der Arbeiterabteilung bei der hannoverschen Knappschaff, Kamerad Schubert (Hannover), nahm auch im besonderen zu den Schwierigkeiten in der Knappschaff Stellung. Die Zerstückelung in den Krankenkassen in Deutschland trage an den mangelhaften Verhältnissen in der Krankenversicherung die Schuld. Es müßte unter allen Umständen versucht werden, eine enge Zusammenfassung der Krankenkassen herbeizuführen. Eine große Belastung für die Verzichterten in der Krankenversicherung seien auch durch die Bestimmungen der Notverordnung entstanden. Diese Bestimmungen stehen nach seiner Ansicht mit dem § 183 RVO. in Widerspruch. Es dürfe bei Nichtbeitreibung der Krankeneinigungsgebühr der Krankenein nicht verweigert werden. Die Arbeitgeber laborierten grundsätzlich die Reichsknappschaff, es liege ihnen daran, diese Ver-

sicherung der Bergarbeiterschaft zu zerbrechen. Redner gibt Fälle dieser Art bekannt, so daß an dem Willen der Arbeitgeber in dieser Beziehung nicht zu zweifeln ist. Um diesen Angriffen aller Art zu begegnen, sei es Pflicht aller Bergarbeiter, einen festen Zusammenhalt in der Organisation herbeizuführen, da nur diese imstande sei, ein Zugrundegehen der Reichsknappschaff zu verhindern.

Bezirk München.

Am 2. November tagte im Münchener Gewerkschaftshaus eine Konferenz der oberbayerischen Bergarbeiter. Die Konferenz nahm ein Referat des zweiten Vorsitzenden unseres Verbandes, des Kameraden August Schmid, über die Weltwirtschaftskrise entgegen. Der Vortragende schilderte unter Anführung von reichlichem Zahlenmaterial, wie unter der Weltwirtschaftskrise fast alle Industriestaaten leiden, wovon auch die deutsche Wirtschaft, insbesondere der Bergbau, nicht verschont wurde. Bei ständig steigender Produktion ist die Zahl der Arbeitslosen immer größer geworden; sie beträgt zur Zeit in Deutschland 3,1 Millionen. Dadurch ist eine Kaufkraftverminderung eingetreten, die weiter verschleiert, indem auf den Arbeitsmarkt wirkt. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Reichsregierung und die Vorschläge der deutschen Arbeitgeber, die eine Lohnsenkung bei gleichzeitiger Steigerung der Lebensmittelpreise herbeiführen wollen, macht die Wirtschaftskrise zum Dauerzustand, weil es auf eine Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinausgeht. Daran ändert auch nichts, daß man im Rahmen der Lohnsenkung für die anderen Bedarfsartikel eine Preislenkung herbeiführen will. Nicht Verminderung der Kaufkraft, sondern Stärkung derselben durch erhebliche Senkung der Preise, besonders der fariellgebundenen Preise, ist notwendig.

Im zweiten Teil beschäftigte sich die Konferenz mit dem Jahresbericht der bayerischen Bergbehörde für das Jahr 1929 und mit den im Jahre 1930 bis einschließlich August sich ereigneten Unfällen im oberbayerischen Bergbau. In diesen acht Monaten sind wieder insgesamt 1434 Unfälle zu verzeichnen, das sind bei 25 Arbeitstagen im Monat 7,17 Unfälle pro Arbeitstag. Den Rekord stellen die Gruben Rengberg mit 561 und Reichenberg mit 537 Unfällen.

In der Aussprache wurde von den anwesenden Kameraden aus dem Betrieb lebhaft Kritik an dem Verhalten der Berginspektion geübt. Nach den Beobachtungen der Kameraden werden die Werke von der Berginspektion regelmäßig vor Befahrung verständigt, was eine Kontrolle unwirksam macht. Auch wird die Betriebsvertretung fast nur bei einer Befahrung zur Unfalluntersuchung zugezogen, während sonst für die Herren Bergkommissare die Betriebsvertretung nicht besteht. Weiter werden von der Bergbehörde oft Anordnungen getroffen, ohne die Sicherheitsmänner (Betriebsvertretung) zu verständigen. Die Konferenz spricht angesichts der großen Zahl von Unfällen, die sich Jahr für Jahr im oberbayerischen Bergbau ereignen, die Erwartung aus, daß die Bergbehörde für die Zukunft mehr als bisher sich mit der Betriebsvertretung in Verbindung setzt, weil nur in gemeinsamer Arbeit von Bergbehörde und Arbeiterschaft die wirksame Verhütung der Unfälle herbeigeführt werden kann.

Bezirk Saalfeld.

Am 2. November tagten in Saalfeld und Görtz unsere Funktionäre, um zur Kündigung des Mehrarbeitsabkommens Stellung zu nehmen. Als Vertreter für den Hauptvorstand war Kamerad Janschek anwesend. Kamerad Briewig sprach zu der Frage: „Warum Kündigung des Mehrarbeitsabkommens?“ In kurzen, treffenden Worten zeichnete er ein Bild von der derzeitigen Wirtschaftslage. Er führte den Kameraden vor Augen, wie es die Unternehmer verstanden haben, sämtliche Lasten auf die Arbeitnehmer abzuwälzen. Er erinnerte daran, daß von Seiten der Unternehmer und der Regierung bei Fällung des Mehrarbeitsabkommens im Jahre 1923 die verkürzte Schichtzeit versprochen wurde, wenn die Vorkriegsleistung wieder erreicht wäre. Wir haben aber zu verzeichnen, daß die Vorkriegsleistung ganz erheblich (bis zu 89 Prozent) überschritten ist. Trotzdem behaupten die Grubengewaltigen, die Verkürzung der Arbeitszeit wäre für die Betriebe nicht tragbar trotz hoher Abschreibungen, Dividenden und stiller Reserven.

Es konnte festgestellt werden, daß die Funktionäre einstimmig die Kündigung der Mehrarbeit gutheißen und mit ganzer Kraft sich hinter die Bewegung stellen wollen, damit die Bewegung mit einem Vorteil für die Bergarbeiter beendet wird.

sonstigen Bergwerksleitung und den deutschen Bergleuten entstanden.

Die Sowjetpresse hat bisher über alle Schwierigkeiten mit den deutschen Arbeitern geschwiegen. Jetzt bringt das Sowjetorgan „Trud“ zum erstenmal einen Bericht über die deutschen Arbeiter im Donezbecken. Dieses Sowjetgewerkschaftsblatt versucht, in scharfer Form die Schuld auf die deutschen Arbeiter abzuwälzen. Da diese ihren vertragmäßigen Lohn verlangen, versucht man jetzt in Moskau, die deutschen Bergleute als minderwertige Arbeitskräfte hinzustellen.

Der „Trud“ schreibt:

„Große Aufmerksamkeit erfordert die Arbeit der Gruppe deutscher Bergarbeiter, die aus dem Ruhrgebiet sind. Es gibt einen „deutschen Abschnitt“, in dem deutsche Arbeiter unter der Leitung deutscher Ingenieure arbeiten.“

Und nun merken wir, wie schlecht die deutschen Genossen arbeiten. Ein Vergleich mit unseren Bergleuten ließe sich nicht halten. Ihre Organisation ist schlecht.

Wir dürfen nicht die Augen verschließen gegenüber der Tatsache, daß sich die deutschen Arbeiter von Anfang an aus Mangel an erzieherischer Arbeit schlecht benommen haben.

Die deutschen Arbeiter haben den Weg offener Kassaerei beschritten. Sie erklären, daß zu wenig gezahlt werde. Es kam so weit, daß die Deutschen beschloßen, aus Grischino abzuziehen. Eine Spezialkommission aus Charkow versucht, den Konflikt ganz zu schlichten.“

So versucht das Sowjetblatt, die Schuld den deutschen Bergleuten und nicht den Verhältnissen im Donezbecken, die die Massenflucht der russischen Arbeiter verursacht haben, zu geben.

Zur Richtigstellung.

In Nr. 45 der „Bergbau-Industrie“ brachten wir eine Schilderung von aus Rußland zurückgekehrten Bergarbeitern unter dem Titel: „Von russischen Bergarbeiterverhältnissen“, unter der auch der Name steht: August Grothe, Reddinghausen-Süd II, Hochstraße 79. Der Name kam irrtümlich unter diesen Aufsatz und sollte unter einen anderen Artikel. Wir teilen das zur Richtigstellung mit, da Grothe gar nicht zu den Rußlandfahrern gehört.

Geschäftsstelle Borna.

Die Funktionäre unserer Geschäftsstelle nahmen am 2. November in einer in Borna stattgefundenen Funktionärskonferenz Stellung zur Frage der Mehrarbeit. Zum ersten Punkt der Tagesordnung, der das Mehrarbeitsabkommen betraf, sprach Kollege Dr. Berger (Bockum). Er ging aus von der Krise, in der wir uns befinden, und betonte, daß dieselbe, weltwirtschaftlich gesehen, sich nur in einem geringen Maßstabe beheben ließe. Die Ursache liege im Lande selbst. Durch den Syndikalismus und die Kartelle würden die wirtschaftlich untüchtigen Unternehmer erhalten. Man müsse die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einreihen. Die große Armee der Erwerbslosen bilde für den Staat die größte Gefahr, denn mit dem Gummi knüppel sei dem Hunger nicht beizukommen. Jeder Staat, mag die Form des Staates sein wie sie will, sei gefährdet, wenn Millionen in diesem Staate sich in einer verzweiflungsvollen wirtschaftlichen Lage befinden. Durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen sei diese Krise zu beheben und auch dem Arbeitslosenproblem energisch zu begegnen. Der Lebensstandard der Arbeiter müsse gesichert sein. Die Kaufkraft dürfe sich in keiner Beziehung für diejenigen, die im Arbeitsprozess stehen, senken. Eine Verkürzung der Arbeitszeit müsse herbeigeführt werden, um Arbeitsplätze freizumachen, damit die Arbeitslosen wieder eingereiht werden könnten. Die Pflichtwiedereinstellung müsse in demselben Maßstabe durchgeführt werden, wie zur Zeit bei den Demobilisationsbestimmungen. Als die Arbeiterbataillone 1918 zurückkehrten und bewaffnet waren, da ging es gegenüber heute wie am Schnürchen. Es gelang, alles wieder in die Betriebe aufzunehmen. Auch jetzt bestehe die Möglichkeit, einen sehr großen Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess einzugliedern. Aus nichts kommt nichts! Dieser Ausspruch sei sehr beachtenswert, besonders für die Wirtschaft im allgemeinen sowie für die mitteldeutschen Braunkohlenarbeiter im besonderen. Nur durch Druck und Kampf kann die Gegenseite gezwungen werden, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die organisierte Masse sei es, die die Bewegung mache. Die Gewerkschaften bildeten den großen Block, der den Kampf zu führen habe, um die Probleme so zu lösen, daß alle Staatsangehörigen zufriedengestellt werden könnten. Das Referat wurde von den Anwesenden mit Beifall aufgenommen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

Die Frage der Agitation besprach Kamerad Steffen, wobei er besonders die Stellungnahme der Werksgemeinschaft einer Kritik unterzog.

Die Aussprache zu diesem Punkt war reichlich. Seitens der Funktionäre wurde beschlossen, im ganzen Bezirk eine Agitationswoche (vom 17. bis 23. November) durchzuführen.

Geschäftsstelle Bad Salzungen.

Am 2. November fand in Bad Salzungen eine stark besuchte Funktionärskonferenz statt. Das Referat über Kündigung des Mehrarbeitsabkommens hatte Kamerad Redigau übernommen. Es wurde nachstehende Entscheidung einstimmig angenommen:

„Die am 2. November 1930 von 110 Funktionären besuchte Konferenz der Geschäftsstelle Bad Salzungen des Bergbauindustriearbeiterverbandes nimmt Kenntnis von der Kündigung des Mehrarbeitsabkommens in der Kalkindustrie. Sie begrüßt das Vorgehen des Verbandes und verpflichtet sich, sich mit aller Kraft für eine Verkürzung der Arbeitszeit einzusetzen. Sie richtet an die Belegschaft der Kalkindustrie des Werratales die Aufforderung, sich geschlossen hinter die Organisation zu stellen und sich restlos zu organisieren.“

Kamerad Berg sprach über Organisation und Agitation. Es muß alles getan werden, um mit Erfolg eine Verkürzung der Arbeitszeit herbeizuführen und den Verband zu stärken. Unorganisierte darf es nicht mehr geben! Wer ernten will, muß säen! Jeder Funktionär tue seine Pflicht, dann brauche uns um die Zukunft nicht bange zu sein. Verbändler sein, heißt Kämpfer sein!

Die Funktionäre gelobten, alles daranzusetzen, um Unorganisierte dem Verbanne zuzuführen.

Geschäftsstelle Frankfurt a. d. O.

Eine gut besuchte Funktionärskonferenz nahm am 2. November in Frankfurter Gewerkschaftshaus zur Kündigung des Mehrarbeitsabkommens Stellung. Folgende Entscheidung gelangte zur Annahme:

„Die am 2. November 1930 im Gewerkschaftshaus zu Frankfurt a. d. O. tagende Geschäftsstellenskonferenz der Geschäftsstelle Frankfurt a. d. O. des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der haller Funktionärskonferenz bezüglich der Mehrarbeitszeit. Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Voraussetzungen für die Mehrarbeit schon längst nicht mehr bestehen und daß durch die Verkürzung der Mehrarbeitszeit eine wesentliche Verringerung der Arbeitslosigkeit eintritt.“

Die Bergarbeiter haben sich in schwerer Notzeit zur Ueberarbeit entschlossen. Die Konferenz beauftragt die Verbandsleitung, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Arbeitslosen sich im Braunkohlenbergbau endlich zur Tatfache wird.“

Jubiläumsfeier im Bezirk Zeitz.

Die Ehrung von 105 Jubilaren wurde seitens der Bezirksleitung Zeitz am Sonntag, dem 9. November, in der prächtigen „Kulturhalle“ in Zipsendorf vorgenommen. An Stelle des Kameraden Janschek (Berlin) nahm der Direktor des Reichskohlenverbandes, Kamerad Löffler (Berlin), namens der Bezirksleitung und des Vorstandes die Ehrung vor. Der Redner war den meisten noch bekannt aus den Streiks 1906 und 1911. Aus jenen Tagen wühlte er manche interessante Episode zum Besten zu geben. Zunächst gedachte er in warmen Worten der Opfer der beiden Grubentatastrophen von Misdorf und Maybach. Die Worte des Dichters rief er den Anwesenden zu:

„Trauernd senket das Haupt,
Denkend der Brüder, die starben,
Dann aber hebet den Blick,
Trauend der eigenen Kraft.“

Löffler schilderte in temperamentvollen Worten dann das 25jährige Kampfen und Wirken der Jubilare. Schon nach einjähriger Mitgliedschaft haben sie damals, im Jahre 1906, die Feuerprobe bestehen müssen. Ein neunwöchiger Streik wurde geführt für Verkürzung der Schichtzeit und Erhöhung der Gehälter. Im Jahre 1911 streikte man 14 Wochen für die Einführung des Tarifvertrages im Bergbau. Zum Schluß bemerkte der Redner, daß die heutige Situation zwar ernst, aber nicht hoffnungslos sei. Durch Anspannung aller Kräfte, durch festen Zusammenhalt aller Arbeitenden würde es aufwärts gehen, trotz und alledem!

Gegen 6 Uhr konnte Kamerad Dreschmann die würdige Feier schließen mit dem Dank an alle Mitwirkenden und mit einem Appell an alle, weiter zu kämpfen im Sinne der Jubilare.

sind in Bobritz.“ Wir wurden im Hotel „Spartakus“ untergebracht und verpflegt. Trotzdem wir auf dem Truht (Handelsvertretung) öfters vorstellig wurden und die Pässe sofort verlangten, konnten wir diese nicht bekommen. Erst als wir mit dem deutschen Konsulat drohten, das uns auch mit Rat und Tat zur Seite stand, ist es uns endlich nach dreiwöchigem Warten gelungen, unsere Pässe zu bekommen. Bevor wir die Rückreise antraten, waren die meisten von uns, um nicht ganz ohne Geld nach Deutschland zu kommen, gezwungen, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie vom Truht nichts zu verlangen hätten. Dafür bekam jeder 20 Rbl. auszubehalten, die er dann an der Grenze in deutsches Geld umwechseln konnte.

Damit komme ich zum Schluß und rufe jedem zu: Es ist nicht alles Gold, was glänzt! Dort ist das selbe wie hier. Wer Geld genügend hat, kann leben; wer keins hat, muß auch dort darben. Trotz wiederholter Drohung in Rußland auf der Handelsvertretung seitens einzelner Kommunisten wie auch hier am Ort wird mich nichts davon abhalten, die Wahrheit über das, was ich erlebt habe, in Wort und Schrift wiederzugeben.

Dortmund, den 3. November 1930.

Johann Golle.

Daß es auch im Donezbecken nicht besser ist, beweist nachstehende Notiz aus der „Welt am Sonntag“:

Bekanntlich hat die Sowjetregierung große Schwierigkeiten im Kohlengebiet des Donezbeckens.

Infolge der furchtbaren Lebensverhältnisse und der großen Nahrungsmittelnot in diesem Gebiet setzte eine Arbeiterflucht aus den Kohlenbergwerken ein. Nach sowjetamtlichen Quellen haben 26 000 Arbeiter das Kohlenrevier während dreier Wochen verlassen. Da die Kohlenförderung rapide sank, beschloß man in Moskau, im Ruhrgebiet deutsche Kohlenbergwerksarbeiter anzuwerben und sie im Donezbecken als Arbeitsstoßbrigaden zu verwenden.

Im Juli d. J. wurden die Ruhrarbeiter angeworben. Gleich danach hörte man aus verschiedenen Quellen, daß eine große Unzufriedenheit unter den deutschen Arbeitern in Sowjetrußland herrsche. In der letzten Zeit sind verschiedene Arbeiter aus Sowjetrußland zurückgekommen. Diese haben berichtet, wie furchtbar die Nahrungsmittelnot im Donezbecken ist. Durch die Senkung der Löhne ist dann ein Konflikt zwischen der

HAUS UND LEBEN

Heimwärts im Zuge.

Ich sitze im Zuge und mir gegenüber sitzt ein Arbeiter, der von der Arbeit kommt. Er sitzt am Fenster und blickt sinnend in den Abend hinaus. Woran mag er wohl denken?

Denkt er an die Arbeit? Denkt er an Weib und Kind? Oder an Freunde? Oder an etwas, das er nachher daheim zu erledigen hat?

Un etwas denkt er gewiß. Man merkt es. Doch dazu lebt noch etwas anderes in ihm. Es liegt da etwas so Tiefes in seinem Blick. Etwas Philosophisches ist da in seinem Sinnen. Er hat Feierstunde. Er ist einmal mit sich allein. Mitten im bunten Getriebe. Im fahrenden Zuge. Mitten zwischen plaudernden Menschen.

Shaben wir solch sinnenden Blick nicht alle schon oft gesehen? Waren wir selber nicht alle schon einmal solche Philosophen?

Jeder hat auch solche stillen Stunden, in denen er sinnt und doch nicht sinnt. Solches Versunkensein in dem Unbewußten, dessen Bedeutung für das Bewußte wir jetzt durch die Forschung kennen.

Dann drängt da mitten ins nüchterns Wirklichkeitsleben so etwas Feierliches aus der Tiefe herauf. Und ein Sehnen lebt in uns. Solch ein feines und tiefes Sehnen.

Wonach? Nach uns selbst! Nach dem Menschlichen. Nach dem Feierlich-Menschlichen. Dr. Gustav Hoffmann.

Ist das Brielschreiben überlebt?

Ein englischer Psychologe, Dr. William T. Root, ist zu der welterschütternden Erkenntnis gekommen, daß nur die intelligenten Menschen eine schlechte Handschrift haben, weil sie zwanzigmal schneller denken als schreiben. Daß vielen Menschen aus dem Beruflichen die Gewandtheit des Schreibens und darum die „Intelligenz“ der unleserlichen Handschrift fehlt, daß die meisten kaum Zeit zum Schreiben haben und darum beim Schreiben gehetzt wird, das ist dem englischen Psychologen offenbar nicht bekannt.

Das Tempo des heutigen Lebens frißt auch in unser Verhältnis zu Papier und Feder hinein. Telefon! Wieviel schneller und wieviel bequemer! Oder ein mündliches Sprechen, wenn man sich mal wieder trifft. Und so kommt es, daß auch die Briefe unmodern werden und meist nur die notwendigen Briefe noch geschrieben werden. Auch hier der Gedanke der Sachlichkeit.

So wartet Großmutter heute länger, als es früher der Fall war, und auch bei Dichtern und Künstlern ist das Wichtige der Fall. Sie haben es in einer Rundfrage einer literarischen Zeitschrift ehrlich bekannt.

„Ich schreibe ungern Briefe“, antwortet Lion Feuchtwanger der „Literatur“ da frei und offen, „die über eine knappe, sachliche Mitteilung hinausgehen.“

„Das Briefschreiben war mir stets eine Last“, antwortet ebenso Clara Viebig, „und wird es von Jahr zu Jahr mehr. Ich habe nie begriffen, welche Freude es unseren Müttern, Großmüttern, Urgroßmüttern gemacht haben kann, lange Briefe zu schreiben.“

Und in gleicher Weise schreibt u. a. auch Waldemar Bonsels: „Ich entsinne mich nicht, jemals einen Brief anders als ungeduldig, rasch und zurückhaltend geschrieben zu haben.“

Also keine Zeit. Tempo, Tempo! Genau wie bei uns. Und so wartet Großmutter schon lange. Und uns selbst ärgert es auch. Da kann nur ein kurzer Entschluß die Befreiung bringen. Darum los! Sofort an den Tisch gesetzt und sogleich den lange fälligen Brief geschrieben an Tante Frieda!

Die Stadt in der Ebene.

Ein kleiner Bahnhof mit Tonziegeln erbaut, roh verputzt. Auf dem Bahnsteig tummeln sich einige Schüler in bunten Mägen. Große Blechplattens längs der Wände. Eine Uhr hängt über dem Eingang und geht einjam durch den Tag. Zwei Kraftdroschken auf der Straße warten vergebens auf Fahrgäste. Bauernwägelchen holpern nach dem Güterbahnhof.

Es ist eine kleine Stadt. Eine kleine Stadt, wie es ihrer so viele gibt. Mit dem Gasthaus zum goldenen Stern, dem Siegesdenkmal von Anno Siebzig, der Honoratiorenstube, dem Ratskeller, dem Marktplatz mit dem Kinderopfpflaster und der Löwenapotheke. Tratsch und Klatsch. Jeder kennt den anderen, Mittwoch haben die Damen das Kaffeetränzen, jede Woche zweimal sitzen die guten Bürger in der standesgemäßen Kneipe am Stammtisch.

Doch etwas hat diese Stadt den anderen voraus. Sie ist Zentrum eines Kohlengebiets, das nach ihr genannt wird. Ringsum wachsen Fördertürme, Schornsteine und Abraumhalden. Und noch eins: sie ist meine Heimat.

Auch Kleinstädte haben ihre Geschichte. Sie ist etwas geruhig und bedächtig, gewiß. Aber manchmal bekommen die lieben Bürger einen gelinden Stob. Die neue Zeit steht vor den Toren, ungestüm Einlaß begehrend. Dann reiben sich die Leuten schläfrige Augen — und schimpfen.

Heimat, alte, ehrpuffelige Heimat! Spitzzugbilder, altfränkische Idyllen, wo seid ihr geblieben? Was ist aus euch geworden? Neugierlich seid ihr ganz die alten. Stille Winkel und Gäßchen, verträumte und sonnenbeschiene Winkel, Stadtmauern und ein uralter Torbogen. Aber wo ist das Gefühl des Geborgenseins, dieses Abschließen von der Welt da draußen? Aus! Vorbei!

Einft gab das Leben euch Bürgern das Recht, stolz zu sein auf eure Leistungen. Gustav Freytag sang ein Loblied auf euren Bienenfleiß, auf die bürgerliche Wohlstandigkeit, auf einen Mannesstolz. Er meinte es etwas zu gut mit euch, liebe Leute, und sah nur das Ideale. Das ist nun schon so lange, lange her. Dann überwucherte die Form den Inhalt. Euer Festhalten am Ueberlebten machte euch lächerlich und reif fürs alte Eisen. Ueber euch ging die Zeit.

Einige Fabriken sind in der Stadt. Sie helfen nicht viel. Alles geht in die Bergwerke, die rings in den Himmel greifen. Sie haben poetische und hochklingende Namen und tiefliegende Schöne. Und jetzt schmeißen die Bergherren die Arbeitsmänner

Das Arbeitsjahr.

Ober: die Erziehung zum kapitalistischen Menschen.

Man verfolgt ohne Zweifel mit dem Bestreben, das Arbeitsdienstjahr einzuführen, einen ganz bestimmten Zweck. Es handelt sich bei dem Plane des Arbeitsjahres um den Ausbau des kapitalistischen Erziehungssystems, wie wir es bereits im Dinta, in den Lehrwerkstätten, den Werkzeitlehrlingen, den Reden und Schriften dieser Ethiker des Kapitalismus, wie Jung und Horneffer, kennen.

Oberingenieur Dr. Arnold, der Gründer und Leiter des Dinta, sprach es ja in Bonn seiner Zeit deutlich aus. Welche Erziehung soll danach das Dinta bezwecken? Die „Erziehung“ des alten Heeres soll sie ersehen. Wer kann daran zweifeln, daß man einen Ersatz dieser „Erziehung“ des alten Heeres in noch viel größerem Maße im Arbeitsdienstjahre erblickt?

Niemals können die Gewerkschaften darum diesen Plänen der Reaktion ihre Zustimmung geben. Wir bekämpfen das Arbeitsdienstjahr mit aller Entschiedenheit. Wir bauen unsere gewerkschaftliche Bewegung zum neuen Erziehungssysteme aus, indem wir gewerkschaftliche Bildung treiben und immer weitere Kreise hineinziehen in diese Bildungspflege. Hier bahnt sich die Bildung und Erziehung des neuen Menschen an, der seinen Pflichten gegenüber dieser Zeit gewachsen ist.

Allerdings wird unsere Bildung und Erziehung niemals Ersatz für das alte Heer sein. Mit solch slavischem Sichfügen werden keine neuen Menschen geschaffen, wie sie diese Wende der Zeit nötig hat.

Und so treten Gewerkschaftsbewegung und Kapitalismus immer deutlicher in die Erscheinung als zwei grundverschiedene Wirtschaftsauffassungen vom Menschen. Soll der Mensch im Kapitalismus Lohnarbeiter der Unternehmerherren oder soll er durch die Demokratisierung der Wirtschaft Gleicher unter Gleichen sein? Dr. Gustav Hoffmann.

Der Gedankenleser.

Die Berliner Inpe vor dem Arbeitsgericht.

Was der eine zuviel hat, hat der andere zuwenig. Der Kläger ist klein, schwächlich, und offenbar — um gleich im Berliner Jargon zu reden — ein wenig „doof“. Dafür ist der Beklagte ein wohlbeleibter und sehr beweglicher Schaubudenhefter, um so gerissener.

„Also, Herr Nehmann, Sie sollen dem Kläger 12 Mark Gage zahlen; er behauptet, bei Ihnen eine Woche engagiert gewesen zu sein. Sie haben ihn aber schon am ersten Tage freilos, angeblich zu Unrecht, entlassen. Wie war das?“

„Der war direkt, Nahörnjemat!“

„Wie, bitte?“

„Ja sagte, der mit der Klage, der jrenzt schon beinahe an wat. Erst vermaßelt mir der Frige der Deschäft, un denn soll ich noch wat zuzahl. Sogar ha'id jern!“

„Langsam, langsam, Sie müssen hier erklären, wieso der Kläger kein Recht hat, die Gage zu verlangen. Als was war er denn überhaupt bei Ihnen engagiert?“

Die 47. Beitragswoche
läuft vom 16. bis 22. November 1930
Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

zu Tausenden auf die Straße. Unseren täglichen Profit gib uns heute! Und erlöse uns von dem Uebel der freien Gewerkschaften! So sind sie, die Bergwerksdirektoren. Mit allen Waffern gewaschen und glatt und schlemmig wie ein Kal. Sie lassen sich als Spitzenkandidaten für die Wahlen aufstellen für eine Volkspartei ohne Volk, fahren täglich einmal im schillernden Buick an der Bürtnerstube vorbei, ihre Anzüge sind wie aus Modejournalen herausgeschnitten und sie krächzen wie die Raben über „diesen“ Staat. Gelbe Gewerkschaften pappeln sie auf wie Siebenmonatskinder. Und geheiligt über alles sei die Karriere.

Mein Vaterhaus stand in einer winkligen Gasse. Fensterläden waren vor den Fenstern, das Dach mit Schiefer bedeckt, vor der Toreinfahrt eine gepflasterte Wasserrinne. Im Hause roch es nach Armut.

Denn alle Bewohner, den Hauswirt ausgenommen, waren im Bergwerk beschäftigt, „Schachter“, wie man hierzulande sagt. In unserer Gasse grüßten sich die Männer nur mit „Glückauf“. Noch wohnten die Belegkassen der Werke in der Stadt oder in den Dörfern der nahen Umgebung. Noch waren die Zehnerwacklungen nicht dazu übergegangen, Bergarbeiteriedlungen zu errichten. Hier wuchsen wir auf, jäh und froh, Bergmannskinder, immer auf dem Sprung, immer auf der Suche nach Abenteuer. Das Leben des Proletariats ist unsentimental. Hier verbrauchten die Jahre meiner ersten Jugend.

Die Straße war unsere ureigenste Domäne. Uns gehörte sie, uns allein. Wurmweispiele, Keilereien, „Dritten abschlagen“, Kreiselspiele, Räuber und Soldaten. Im Herbst, wenn der Wind über die Stoppelfelder jagte, ließen wir die selbstgebaute Drachen steigen. Und im Winter schusselten wir in unteren Holzpanzern — Federstöße durfte man allenfalls nur Sonntags anziehen — über die Bürgersteige und kummerten uns den Teufel um leisende Frauen und posternde Männer, die um ihre Schienenbeine und Knochen fürchteten.

Nicht lange währte der Sünden Maienblüte. Man wurde älter und noch langsamer reifer und verständiger. Da ruhete die gewichtige Hand des Vaters auf dem Haupte des Aeltesten: „Höre, mein Sohn, beim Kaufmann Müller wird ein Laufjunge gebraucht. Ich habe in deinem Alter schon längst arbeiten müssen. So gehe hin und tue desgleichen.“

Aus war es. Man hätte es nicht so toll treiben sollen. Unjinn. Auch das wäre kein Talisman gegen die Arbeit gewesen. Der Vater sah eben dieses zögernde Wachsen in die Männlichkeit. Effen konnte man für zwei. Die engen Hosen trachten in den Nähten. Dauern waren die verbeulten Stirnen mit Heftpflaster

„Als Gedankenleser!“
„Gedankenleser? — Das muß doch ein sehr schwerer Beruf sein!“

„I wo, Herr Rat, so jehährlich is det nich. Aber man muß natürlich nicht gerade wie der Kläger 'ne weiche Birne harn.“
„Jetzt reden Sie mal gefälligst deutsch. Wie war die Sache mit der fristlosen Entlassung?“

„Ma wat denn, wat denn, det erzählt id doch nu schon stundenlang. Sehnsucht mal her: Als Gedankenleser arbeitet man mit'n Trick. Zuerst red id ne Rede an det Publikum un sag, se sollen alle mal een Vers uff'n Zettel schreiben, un die Zettel schmeißen se dann in een Topp. Nich wa?“

„Ja, ja; mal weiter.“

„Wat nu der Gedankenleser is, der behält sich selber een Zettel in de Hand. Un wenn die Sache nu anfängt, dann lacht er: Uff een Zettel steht „Du bist als Kind zu heiß gebadet worden.“ — Det ham wir vorher vereinbart. Un denn ruft ooch gleich eener von meine Leute: „Stimmt!“ un denn lacht er: „Jetzt wer id diesen Zettel hier rausholen.“ Dann jreift er in den Topp rin un holt jon Zettel raus. Der ganze Trick is, det er nich merken läßt, det er zwee Zettel in de Hand hat. Er tut nu, als wenn er den uffmacht, wo drin steht: „Du bist als Kind zu heiß gebadet worden.“ In Wirklichkeit macht er den neuen Zettel uff und kiet nach, wat da eener von det Publikum ruffjetrielt hat.“

„Ja, hören Sie mal, es ist ja sehr interessant zu erfahren, wie man Gedanken lesen kann. Aber Sie müssen mir erzählen, warum der Kläger einen Grund zur Entlassung gegeben hat.“

„Genau aus de Seele ham Se mir jesprochen, Herr Gerichtshof. Det wollte id gerade erzählen. Also, der Kläger hat die Zettel so dufflich verkauft, det er beide weggeschmissen hat, und da konnt er ebn nich mehr weiter; da hat denn det Publikum jemerkt, det et bemogelt wird... Die Leute ham Krach jemacht, und dann kams zur Klapperei, un der Eintrittseld mußte id zurückzahlen, weil se mir sonst die Bude in Klump hauen wollten. Daher brauch id dem Kläger nich noch 12 Mark zuzahlen.“

„Das ist nicht so sicher; denn sehen Sie mal, Sie sagen ja selber, der Kläger ist nur dumm, und Dummheit ist nicht strafbar bei uns. Also vergleichen Sie sich lieber und zahlen Sie dem Kläger noch etwas.“

„Herr Rat, der Kläger is nich dumm, der is dufflich. Aber id bin keen Freund von lange Reden. Fünf Mark kann er noch kriegen, und denn is die Sache ausjestanden. Helfen wern ihm die fünf Emm aber ooch nich. Denn doof bleibt doof, da helfen keene Willen!“

Der Kläger ist mit dem Vergleichsvorschlag einverstanden, er bekommt sofort die fünf Mark ausbezahlt, und das Arbeitsgericht kann sich mit dem nächsten Fall beschäftigen.

Preisauschreiben des Sozialistischen Kulturbundes.

Nachdem der Sozialistische Kulturbund mit seinem ersten Preisauschreiben zur Erlangung von Arbeitermusikwerken in allen in Betracht kommenden Kreisen einen regen Widerhall fand, erklärt er jetzt ein neues Preisauschreiben, das der Gewinnung von einfachen, leicht verständlichen, mitreißenden Gesängen dienen soll, die bei Umzügen, Versammlungen, Festen und Feiern von den Massen gesungen werden können. Der Preis für das beste Lied beträgt 500 M. Als weitere Preise werden ausgelegt: zweiter Preis 300 M., dritter Preis 200 M. Letzter Termin für die Einreichung der Arbeiten ist der 1. Januar 1931. Die Prüfung der Manuskripte erfolgt durch einen vom Sozialistischen Kulturbund hierfür bestimmten Prüfungsausschuß. Die öffentlich: Erstausführung der preisgekrönten Arbeiten soll so bald wie möglich nach der Veröffentlichung des Ergebnisses stattfinden. Außerdem sollen sie allen in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen empfohlen werden. Die näheren Bedingungen sind durch den Sozialistischen Kulturbund, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, unentgeltlich zu erhalten.

verklebt. Also lenken wir diese Betätigung in vernünftige Bahnen. Und Geld wird gebraucht, immer wieder Geld. Was soll man dagegen machen? Nichts! Waters Hand wirkte als kategorischer Imperativ. Basta!

So fuhr man den Handkarren für den Krämer, spülte Bierflaschen, holte noch vor Schulbeginn in der Brauerei, half in der Kartoffelernte. Draußen in der Altstadt gab es noch Bauerngüter.

Da wurde die Freude für Sonntag aufgespeichert. Spaziergang am Nachmittag. Vater, Mutter und elf Geschwister. Eine ganze Karawane. Zwei im Kinderwagen, zwei hielten sich links und rechts am Wagen fest und ließen sich mitschleppen. Die gute Mutter mußte tüchtig schwitzen.

Alljährlich am 1. Mai war ein großes Fest für uns. An diesem Tage fuhren die Bergleute allen Bosheiten zum Trotz nicht ein. Sie zogen nach ihrem Lokal, ein Volkshaus hatte man noch nicht. Dort gab es Würstchenbuden, Schokoladenstände und Koffee und Kuchen. Nur mußte man sich sehr quälen, ehe die Mutter das Geld für den Kauf solcher Herrlichkeiten herausrückte. Ach ja, sie konnte nicht anders. Dann sah man dort noch einen Bergwerkstollen, den unser Vater aus ich schwarzgestrichener Pappe hergestellt hatten. Damals jehnte ich mich danach, ein solches Ding in Wirklichkeit und von innen zu sehen. Nur damals.

Die Zeit verging, die Jugend verging. Immer blieb die graue alte Stadt. Etwas unbeholfen stand sie da, sie litt an Herzschwäche. An ihr nagte die neue Zeit, die rasende Technik. Geheiltes fiel berstend zu Boden, sie tam nur schwer und stark schnaufend mit am Flügelschlag der Gegenwart.

Krieg! Krieg! Panzerschiffe und Truppentransportzüge fraßen unheimlich viel Kohlen. Die Halben schrumpften zusammen. Dann, in den letzten Kriegsjahren, kamen kluge Männer und brauten aus der Kohle ein wichtiges Öl für die Unterseeboote. Hunger ging über die deutschen Lande. Frauen und Kriegsgefangene arbeiteten im Schacht. Keiner hätte je geglaubt, daß Frauen unter Tag arbeiten mußten. Die Welt schwamm in Blut.

Zusammenbruch! Heimkehr. Aus mit den fetten Kriegslieferungen! Statt Öl für Uboote machte man Christbaumkerzen. Schleißende Krise. Streiks. Entlassungen. Arbeitslosigkeit. Immer noch kein Ende.

Die Stadt in der Ebene sah viel Not, viel Hunger und Sorge. Vieles, allzuvielles Menschliche. Sie seufzt. Sie trauert. Und wird dabei alt, müde und gebrechlich. Ueber ihre alten Türme fliegen die Raben. Arthur Jahr.

Eine Mystifikation politischer Lumpen.

Unser Vorsitzender Husemann hatte die Redakteure des „Ruhr-Echo“ verlagert, weil sie die Lüge aufstellten und verbreiteten. Kamerad Husemann hätte mit Minister Curtius Unterhandlungen geführt und Abmachungen getroffen bezüglich der Taktik, mit der die Lohnbewegung der Ruhrbergarbeiter im Jahre 1929 geführt werden sollte. Die Verhandlungen hierüber haben nun stattgefunden. Die Urteilsverkündung ist auf den 17. November festgesetzt, weshalb wir erst in nächster Nummer über die Verhandlung berichten werden, damit wir gleich das Urteil mit besprechen können. Nur soviel sei für heute gesagt, daß von den Angeklagten auch nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden konnte für ihre gemeinen Verdächtigungen.

Um aber vor ihren Lesern nicht ganz als Verleumder und Säugner dazustehen, haben sich die Leute im „Ruhr-Echo“ folgende Mystifikation geleistet:

Sie bringen in der Ausgabe des „Ruhr-Echo“ vom Freitag, dem 14. November, ein Bild, anscheinend von irgendeinem politischen Bankett, auf dem vier Minister des früheren Kabinetts Müller, darunter auch Minister Curtius, zu erkennen sind. Dieses Bild ist umrahmt mit dem Bericht über die Gerichtsverhandlung in vorgenannter Klagesache, der die Ueberschrift trägt: „Husemanns Geheimverhandlung mit Curtius.“ Unter dem Bilde steht: „Ein Festessen, an welchem sich natürlich Sozialdemokraten beteiligten. Links sitzt der SPD.-Müller, daneben Dr. Curtius, die Zentrumsleute Wirth und Guerd. Nur Husemann konnte nicht auf dem Bilde festgehalten werden.“

Demit soll dem unbefangenen Leser die Meinung suggeriert werden, daß das Bild eine Zusammenkunft spiegele, in der Husemann auch anwesend gewesen wäre und mit Curtius und den übrigen Ministern über die Ruhrbergarbeiter verhandelt hätte. Solche Niederträchtigkeit können sich nur kommunistische Journale leisten, die nicht wert sind, daß ihnen ein Arbeiter ins Gesicht spuckt.

Wir geben von diesem Schurkenstreich deshalb unseren Mitgliedern Kenntnis, damit sie die ganze politische Verdorbenheit dieser Sorte Politiker immer besser kennen lernen. Für die Verantwortlichen dieser Mystifikation aber, die sich damit als die Wächter und Vorkämpfer des Proletariats aufspielen wollen, nur ein verächtliches: Pfui Teufel!

Der sittliche Wert der Gewerkschaften.

Wir stehen im Gewerkschaftskampfe um die soziale Formung des Lebens zugleich in einem großen sittlichen Umwandlungsprozeß. Oft sind wir uns dieses Befonderen zwar nicht bewußt. Wir sind organisatorisch verbunden. Wir kennen das jeweilige wirtschaftliche Ziel des Verbandes. Wir kämpfen den Kampf um das Recht Schritt für Schritt. Ohne Illusionen. Ohne Sentimentalität. Klar und nüchtern. Doch wir kämpfen, und damit tragen wir in uns den Kerngedanken einer neuen Sittlichkeit.

Das Kampfsprinzip unserer Bewegung ist es, das die alte sittliche Welt aus den Angeln hebt. Die alte Ethik war weichlich und gefügig. Sie nahm das Unrecht ohne Empörung hin. Sie ertrug den Diebstahl der Arbeitskraft ohne inneres Beben. Sie gab Almosen, wenn die Not groß gewesen, und beistete um Gnade, wenn die Not nicht mehr zu ertragen war. Und das alles nannte man Liebe. Das knechtische Dulden war Liebe und der Bettelpfennig wurde von Liebe gereicht, und der erbärmliche Ausdruck des Dankes für Gnade sollte der Ausdruck der Liebe sein.

Klasse stand gegen Klasse. Macht gegen Recht. Freiheit gegen Unterdrückung. In härtester Weise wurde das Zusammenleben der Menschen zu einem Hohnbilde wahrer Sittlichkeit. Es war Hoheit und Ausbeutung und Knechtung menschlicher Würde, aber aus diesem ewigen tiefen Bedürfnis des Menschen nach sittlichem Zusammenleben gab man dieser mißbildeten, klassenverzerrten Gesellschaft ein eihisches Mäntelchen. Und gedrückte Menschen nahmen die Worte hin. Sie trugen in verirrtem menschlichen Fühlen die wirtschaftliche Unterdrückung, bis die Unterdrückung im vergangenen Jahrhundert dann stärker und stärker wurde und eines Tages mit dem Aufschrei gegen die Ausbeutung die alte eihische Welt zusammenbrach.

Nein, einer Klasse zu dienen, ist nicht eihische Pflicht, und eine Ordnung der Herren und Knechte ist gegen menschlich-sittliche Würde. Und sie reichten sich an gegen diese Wirklichkeit, die Menschen des Volkes. Sie empörten sich gegen diese Auffassung der Jahrhunderte. Sie verbanden sich zum Kampf gegen Unterdrückung und zum Kampf für Gleichheit und Recht. Und wenn sie dabei auch oft nichts erlebten als diesen Kampf, diese Empörung, dieses Mächtigkeitsgefühl solidarischer Größe, sie erlebten damit alle die heilige Flamme, aus der eine neue geläuterte Ethik erglöhte.

Wir übernehmen mit Wille der alten Ethik, und erfüllen sie mit neuem Erlebnis und Gehalt. Und so bleibt auch die Liebe der Kern des ganzen sittlichen Fühlens der Menschen, doch dieses neue, starke, kämpferische Menschenliebe-Gefühl.

Liebe ist die revolutionäre Kraft aus der Liebe. Liebe ist Wollen des Rechts. Liebe ist die überfließende Fülle eines überreichen Gefühls. Und solche Liebe will Tat. Sie muß sich entfalten. Sie hat das Bedürfnis nach Kampf. Nur Kampf zur Formung für des Lebens Freiheit ist ihr das Glück.

So wächst der neue Mensch heraus aus diesem vom Gegner oft als unreligiös und materiell verschrienen freigerwerkschaftlichen Kampfe. Der Mensch, der die Gnade zum Rechte macht, das Dienen zur Gleichheit und das Schaffen zum sittlichen Kerne des Gemeinschafts Glücks.

Dr. Gustav Holtmann.

Aus dem Bezirk Aachen. Der Verleumder Sobotta.

In Nr. 255 der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ (Verbreitungsgebiet Aachen) beschäftigt sich der Kommunist Sobotta in dem Artikel: „Sozialfaschistische Gewerkschaftsführer verteidigen das Mordsystem“ mit meiner Person und unterzieht mich Handlungen und Ausprägungen, die er niemals und zu keiner Zeit beweisen können. Aber er ist ja als Mitglied des Landtags im un und kann deshalb drauflos schimpfen, verleumden und beleidigen! Ihm kann keiner!

In dem oben angeführten Schmudartikel schreibt er: „Da geschah am Freitag das Unerhörte: die gesamte kapitalistische Presse des Wurmreviers brachte einen Aufruf der Bürokratie der Bezirksleitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter und des christlichen Gewerkschafts. Die Bergarbeiter wurden aufgefordert, der Streikparole nicht zu folgen, sondern auch am Beerdigungstage restlos zur Arbeit zu gehen.“

Herr Sobotta wird nicht in der Lage sein, mir oder der Aachener Bezirksleitung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter nachzuweisen, daß ich, oder meine Kollegen am Freitag, dem 24. Oktober, einen Aufruf in irgendeiner Zeitung, ganz gleich welcher, veröffentlicht habe. Herr Sobotta lügt bewußt, denn das Gegenteil ist wahr! Dies kann durch unsere gesamte Mitgliedschaft bewiesen werden.

Am 22. Oktober 1930 hat die Bezirksleitung das Rundschreiben 41/30 an unsere Zahlstellenverwaltungen hinausgeschickt mit der Aufforderung, daß sich alle unsere Mitglieder restlos an den Beerdigungsfestlichkeiten beteiligen sollen. Es heißt dort u. a.: „Wir erlauben unsere Ortsverwaltungen, die Vorbereitungen zur Trauerfeier schon jetzt zu treffen, und empfehlen den Zahlstellen, in deren Orten Trauerfeiern stattfinden, an ihrem Orte an der Trauerfeier teilzunehmen. Die anderen bitten wir, sich an der Haupttrauerfeier, welche in Aisdorf abgehalten wird, zu beteiligen.“ Dieser Aufforderung ist in allen Orten restlos Folge geleistet worden.

Genau so restlos haben unsere Mitglieder, und zwar ohne unser Zutun, den kommunistischen Putsch, der für Samstag, den 25. Oktober, dem Beerdigungstage, geplant war, abgelehnt.

Verlangt hatten unsere Mitglieder, daß an dem betreffenden Samstag nicht gearbeitet würde, damit sich jeder an der Beerdigung beteiligen könne, und daß die ausfallenden Schichten später herausgeholt würden. Dies paßte aber nicht in die Moskauer Parole, darum das Geschimpfe.

Unsere Leute haben den Drahtziehern klar und deutlich gesagt, daß sie sich von den Kommunisten nicht vorschreiben lassen, wann gestreikt wird, darüber hätten nach wie vor nur die Gewerkschaften zu entscheiden. Darum sind die aufgeklärten Bergarbeiter des Wurmreviers, die nicht so dumm sind, wie Herr Sobotta sie vielleicht gehalten hat, auch seinen Sirenenrufen und den der anderen Moskauer Lakaien am 27. und 28. Oktober nicht gefolgt.

Am Dienstag, dem 28. Oktober, erschien dann ein von den verträglichstehenden Organisationen gemeinsam verfaßter Aufruf gegen den Streik, der zweifellos seine Wirkung nicht verfehlt hat. Fest steht aber, daß schon vor Erscheinen des Aufrufs am Dienstagmittag in einer Versammlung in Mariadorf von der kommunistischen Streikleitung die Parole ausgegeben wurde: „Die Weltrevolution wird auf den 1. Dezember verschoben“, was also hieß: Rette dich, wer kann!, und: Versuche jeder, wieder in Arbeit zu kommen!

An demselben Dienstag schrieb aber die kommunistische „Arbeiter-Zeitung“ noch, daß das ganze Wurmrevier im Generalstreik stehe. Jeder blamiert sich so gut er kann! Mit der Weltrevolution war es diesmal nichts und wird auch bestimmt am 1. Dezember nichts werden.

Der Artikel Sobottas strotzt von Widersprüchen und Lügen. Er schreibt weiter: „Die Bergarbeiter des Wurmreviers haben

Unseren Toten.

Bezirke Aachen und Saarbrücken.

Die Massenunglücke bei Aisdorf und im Saargebiet haben eine starke Lücke in die Reihen unserer Mitgliedschaft gerissen. Eine ganze Anzahl guter Funktionäre ist unter den Toten. Die meisten der verunglückten Mitglieder waren schon jahrelang, mehrere sogar jahrzehntelang bei uns organisiert. Mancher von ihnen hat gemeinsam und in enger Verbindung mit uns in dieser Zeit harte Kämpfe geführt mit Unternehmern und Bergbehörden um den Schutz und die Sicherheit des Bergarbeiters. Nun sind sie selbst ein Opfer der Grubengefahren geworden. Wir werden ihrer stets gedenken und ihren unerlöschten Kampf, den sie alle gemeinsam mit uns in den Organisationen führten, dadurch am besten zu ehren versuchen, daß wir mit gesteigerter Kraft an dem begonnenen Werke weiterarbeiten, bis unsere Forderungen auf Ausbau der Grubensicherheitsmaßnahmen restlos erfüllt sind. Das soll die beste Ehrung der toten Kameraden sein!

diesen Lakaien die richtige Antwort erteilt. Bis zum letzten Mann sind sie der Parole der RGD gefolgt — alle Räder standen still! Zum Streikbruch der Husemanner kam noch die Schufstigkeit bewusster Verleumdung.“

Wenn alle Bergarbeiter den Parolen gefolgt und alle Räder stillgefallen hätten, dann wäre ja der Streik zu 100 Prozent durchgeführt worden. Ein Streikbruch wäre dann unmöglich gewesen, also könnte man uns nur den Vorwurf des Verluces machen.

Unsere Kameraden haben sich restlos an der Beerdigung beteiligt. Sie sind nicht den kommunistischen Parolen gefolgt, sie haben die politische Geschäftsmacherei der Kommunisten mit den Leichen ihrer toten Kameraden ganz entschieden abgelehnt.

Herr Sobotta lügt weiter in seinem Artikel, wenn er schreibt: „Nachdem der Streikbruch am Samstag nicht gelungen war, erschien am Sonntag die kapitalistische Presse mit einem Artikel des Bezirksleiters Albert Engelhardt vom Verband der Bergbauindustriearbeiter. In diesem Artikel schildert Engelhardt den Werdegang des Bergbauindustriearbeiterverbandes im Wurmrevier und seine Aufbauarbeit. Dana heißt es wörtlich: „Die jetzt einsetzende Aufbauarbeit wurde durch eine große Zahl unverantwortlicher Elemente, durch wüste Agitation gegen den Bergarbeiterverband beschwert. Der größte und unerhörteste Verrat wurde von diesen gekauften, zum Teil ausländischen Elementen am Bergarbeiterverband verübt.“

Diese Beschimpfung und Verleumdung der RGD-Anhänger ist die Krone der Gemeinheit und des Arbeiterverrats.“

Am Donnerstag, dem 6. November, hat Sobotta im Rheinischen Landtag seine Lüge wiederholt und noch hinzugefügt:

„Mit dem Bezirksleiter des Bergbauindustriearbeiterverbandes, Engelhardt, muß ich noch besonders abrechnen. Er hat in der Kölner kapitalistischen Presse und im Dortmunder „General-Anzeiger“ die Toten von Aisdorf beschimpft. Er hat das Unglück dazu benutzt, um die Angehörigen der revolutionären Gewerkschaftsopposition und den Kameraden Klein, der neben Kuland und Wasmuth beerdigt liegt, als ein bezahltes Subjekt zu bezeichnen.“

Hierzu erkläre ich, daß ich weder dem Dortmunder „General-Anzeiger“ noch irgendeiner anderen kapitalistischen Zeitung jemals einen derartigen Artikel geschrieben oder zugesandt habe.

Der Artikel, aus dem das Zitat unrichtig wiedergegeben wurde, ist zum vierzigjährigen Jubiläum unseres Verbandes in Nr. 33 der „Bergbau-Industrie“ (Festnummer) vom 17. August 1929, Seite 265, erschienen und nur für diese geschrieben worden. Wie der Artikel jetzt in andere Zeitungen kommt, entzieht sich meiner Kenntnis.

Wenn man den Artikel des Dortmunder „General-Anzeigers“ mit dem Original vergleicht, so findet man, daß erstens der ganze erste Absatz fehlt; daß zweitens die Einleitung im Dortmunder „General-Anzeiger“ in dem Original nicht zu finden ist, weil ich im August 1929 noch nicht Bezug auf das Aisdorfer Unglück nehmen konnte; daß drittens der übrige Teil des Artikels nicht wortgetreu wiedergegeben ist.

In meinem Artikel heißt es nämlich: „Die jetzt einsetzende Aufbauarbeit wurde von den linken extremen Parteien durch eine große Zahl unverantwortlicher Elemente durch wüste Agitation gegen den Bergarbeiterverband, durch Neugründungen von syndikalistischen und unionistischen Gruppen erschwert. Der größte und unerhörteste Verrat wurde von diesen gekauften, zum Teil ausländischen Elementen an der Bergarbeiterchaft verübt. Diese herrschten allerdings einen Faktor nicht in Rechnung gestellt, nämlich: sie hatten die alten Kämpfer unterschätzt, die immer treu zu uns standen trotz oder gerade wegen der furchtbaren Drangsalierungen, die sie und ihre Familien im Laufe der Jahre wegen ihrer Ueberzeugungstreue hatten erlitten und erdulden müssen. Gerade an dem Bollwerk der Ueberzeugungstreue scheiterten alle Unterminierungs- und Zersplitterungsversuche der Spartakisten, Separatisten, Kommunisten, Syndikalisten und Unionisten.“

Am Schluß dieses Absatzes fehlt in dem Artikel des Dortmunder „General-Anzeigers“ das Wort „Kommunisten“, denn diese gehörten und gehören auch heute noch mit zu den Zerstörern der Gewerkschaften.

Warum fehlt dieses Wort? Hat vielleicht Herr Sobotta den Artikel selbst an den Dortmunder „General-Anzeiger“ geleitet, um dann Agitationsmaterial zu haben?

Der oben angeführte Absatz meines Artikels bezieht sich auf die Zeit unmittelbar nach dem Krieg (1919 bis 1925). Dies geht auch ohne weiteres daraus hervor. Wenn aber Herr Sobotta dieser Sachverhalt noch 1930 paßt, so mag er ihn anziehen. Jedem falls habe ich niemanden in diesem Artikel beschimpft, am wenigsten die Mitglieder der RGD, weil es damals überhaupt noch keine gab, sondern ich habe nur die nackten Tatsachen aus der damaligen Zeit aufgezeigt.

Nicht ich habe die Toten von Aisdorf oder überhaupt jemals in meinem Leben Tote beschimpft. Dieser traurige Ruhm, die nichtswürdige und niederträchtige Tat blieb dem Herrn Landtagsabgeordneten Sobotta und anderen Skribifagen der kommunistischen Presse vorbehalten. Sobotta und einer seiner Gleichgesinnten sind es, die die toten Ausschußmitglieder Kuland und Wasmuth des Verrats und der Feigheit zeihen. Diese zwei Funktionäre waren ehrliche Kämpfer in der Arbeiterbewegung. Beide waren stets bestrebt, das Beste für ihre Kameraden herauszuholen.

Herr Sobotta schreibt weiter: „Heute liegen diese Kameraden der RGD erschlagen auf dem Friedhof; an ihrer Seite auch SPD-Betriebsräte, die aus Furcht vor Entlassung keine Beschwerde der Verwaltung unterbreiten wollten.“

Fest steht, daß unser Kamerad Wasmuth sein ganzes Leben lang mehr Mut in der kleinen Zehe gehabt, als Sobotta überhaupt je besessen hat. W. war ein alter, aufrechter Kämpfer, der schon in der Zeit, als es noch recht gefährlich war und in der Sobotta den Bergarbeiterverband noch nicht kannte, fleißig mit am Aufbau unseres Verbandes wie auch des Niederländischen Minwerkerbundes geholfen hat. Nicht einmal, sondern dundertmal wurde er als Freiorganisierter und als Sozialdemokrat gemäßigelt. W. hat niemals Furcht vor Entlassung gehabt. W. hat alle Beschwerden entgegengenommen und geprüft und immer für Abhilfe und Verbesserung gesorgt. W. war einer unserer besten Funktionäre und wurde darum auch immer wieder in den Betriebsrat gewählt. Ehrliche Kommunisten bedauern sehr, daß W. mit zu Tode kam.

In dem Artikel unterschreibt Sobotta mir und meinem toten Freunde Wasmuth, wir hätten den Beschwerdeführern gesagt: „Ihr werdet Euch solange beschweren, bis man Euch auf die Straße legt.“ Für diese niederträchtige Behauptung wird Sobotta ebenfalls den Beweis schuldig bleiben wie für alle anderen Behauptungen. Ich habe weder den von ihm im Landtage angeführten Kameraden Klein, noch die in dem Zeitungsartikel genannten Kameraden Knorr und Gusek gekannt, und bestreite ganz entschieden, daß diese jemals mit uns gesprochen haben. Aber wenn dies wirklich geschehen wäre, dann hätte ich mit Rat und Tat geholfen. Für jeden Fingerzeig, der mir in bezug auf Betriebsicherheit und Rettungswesen gegeben wird, bin ich dankbar, und versuche immer wieder, dies im Interesse meiner Kameraden nutzbar anzubringen.

Mit dem Vorstehenden glaube ich, bewiesen zu haben, daß alle Behauptungen Sobottas gemeine Lügen und niederträchtige Verleumdungen sind. Ich erkläre darum in aller Deutlichkeit, daß Sobotta ein ganz gemeiner politischer Lump, Säugner und Verleumder ist. Diese Erklärung halte ich solange aufrecht, bis er mir den Beweis für jede seiner Behauptungen erbringt! Albert Engelhardt.

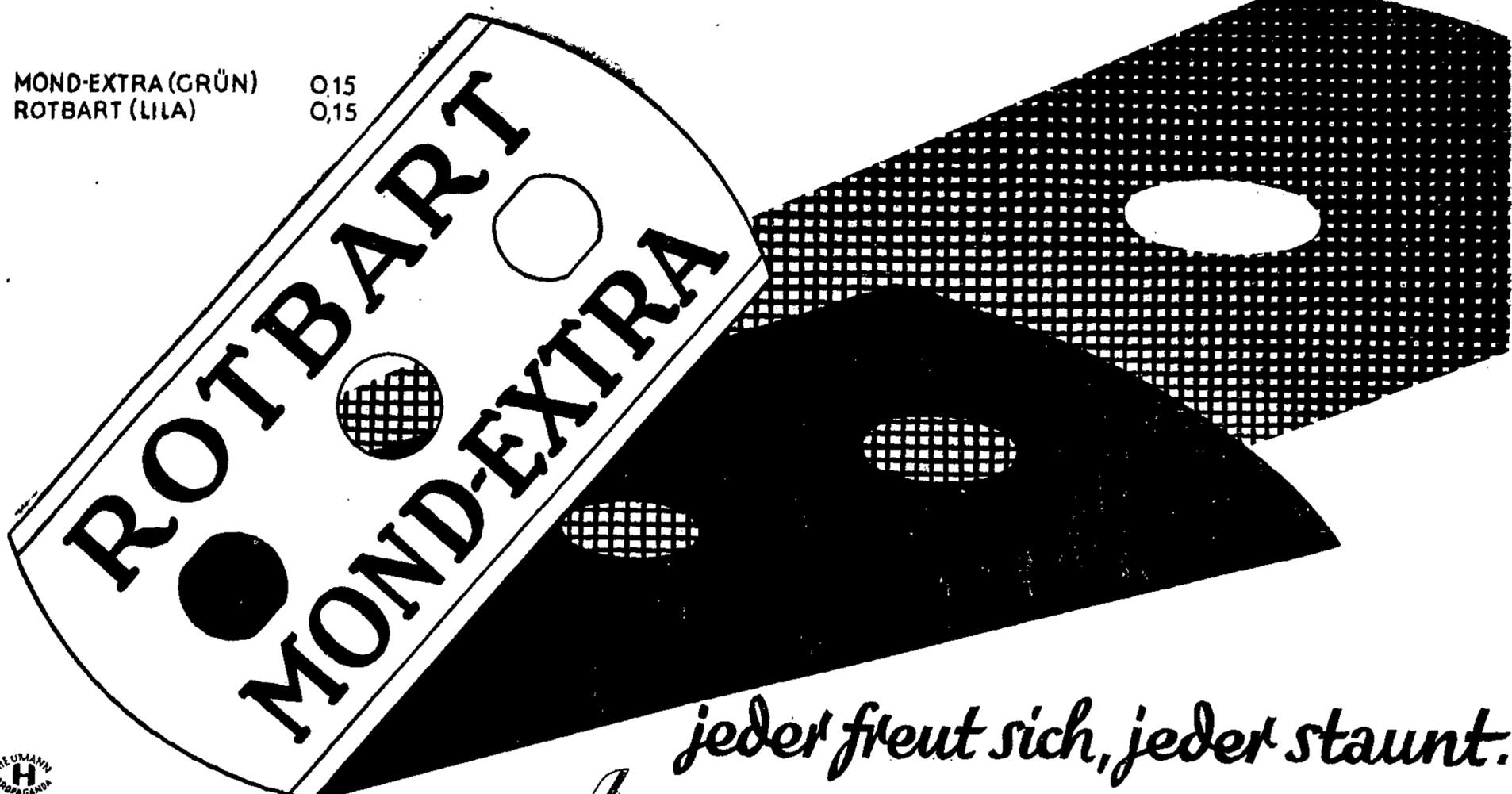
Das Wurmrevier.

Gelegentlich des großen Unglücks in Aisdorf (Aachener Steinkohlenrevier) trat vielfach die Bezeichnung „Wurmrevier“ auf. Eine Reihe von Anfragen läßt darauf schließen, daß über diese Bezeichnung Unklarheit herrscht. Das Aachener Steinkohlenrevier wird nämlich von einem kleinen Flüsschen, die Wurm genannt, berührt. Daher der Name. Die Wurm fließt von Aachen kommend, nordwärts und schlängelt sich zunächst zwischen einigen Hügeln, zu den nördlichen Ausläufern der Eifel gehörend, hindurch. Bei Herzogenrath verflachen sich diese Hügel und die Wurm tritt in die Ebene hinaus, wo sie eine Strecke lang die Grenze zwischen Deutschland und Holland bildet. Ihr Lauf ist in der Ebene sehr gekrümmt, woraus wohl die Bezeichnung „Wurm“ stammt.

In den hängen obenbezeichneten Hügeln zwischen Aachen und Herzogenrath ist die Wiege des deutschen Kohlenbergbaues zu suchen. Vom Tale der Wurm aus hat man vor sehr langer Zeit Stollen in die zu Tage tretenden Flöße hineingetrieben. Urkunden zufolge wurde dort bereits im 12. Jahrhundert Bergbau betrieben.

Gut rasiert, gut gelaunt-

MOND-EXTRA (GRÜN) 0,15
 ROTBART (LILA) 0,15



jeder freut sich, jeder staunt.

ROTBART MOND-EXTRA

Roth-Büchner A.-G., Spezialfabrik für Rasierapparate u. Rasierklingen, Berlin-Tempelhof B. E.
 S 21 10 30

BÜCHER

Sämtliche hier angezeigten Bücher sind durch unsere Buchhandlung H. Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42, zu beziehen.

Lehrbuch des Knappschaftswesens. Im Rechts- und Wirtschaftsverlag München-Berlin haben die Herren Oberregierungsrat G. E. C. und Dr. Schlick, beide Sachberater von Knappschaftsfragen im Reichsarbeitsministerium, sowie Dr. Heilmann, Generaldirektor, und Georg Wißmann, Direktor der Reichsknappschaft, eine Neuauflage des Reichsknappschaftsgesetzes in der neuesten Fassung mit Kommentar herausgegeben. Dadurch, daß sich die Kommentierung auf Entscheidungen des Reichsversicherungsamts, auf Erlasse und Anweisungen des Reichsarbeitsministeriums sowie auf eine langjährige Praxis stützt, hat das Buch einen ungeheuren Wert bekommen. Neben dem eigentlichen Gesetz mit Einführungsbestimmungen sind die gegenseitigen Beziehungen der Reichsknappschaft zum Saargebiet und dem Ausland dargestellt. Die knappschaftliche Versicherung im Verhältnis zu anderen Trägern der Reichsversicherung und anderen Verpflichtungen ist klar und deutlich geschildert. Das ganze Buch ist wegen seines übersichtlichen Aufbaues und seiner reichlichen Kommentierung unentbehrlich für alle, die sich mit Knappschaftsfragen beschäftigen. Es ist empfehlenswert. Zu beziehen ist das Buch durch unsere Verbandsbuchhandlung H. Hansmann u. Co., Bochum, Wiemelhauser Straße 38-42.

Ratgeber für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung (Heft 6), Ratgeber für die Knappschaftsversicherung (Heft 7).

Die Bücher, die soeben in neuer Auflage von Wordels Schlüsselbüchern erschienen sind, sind bekanntlich in Frage- und Antwortspiel abgefaßt, so daß der einfachste Arbeiter über die schwierigsten Fragen, die ihm in Wahrung seiner Rechte auf dem Gebiete der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sofort Rat und Auskunft haben kann. Der Bezug der Bücher ist allen Funktionären dringend zu empfehlen.

Arbeitsvermittlung als Dienst am Menschen. Von Hermann Jülich, Direktor des Arbeitsamts Oberhausen. Zweites Heft der Fortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter. Verlag Zentralverband der Angestellten (Otto Urban, Berlin SO 36, Drantienstraße 40-41). Preis für Mitglieder des ZvD. 60 Pf. für Nichtmitglieder 1,20 M.

Die Arbeitsvermittlung kann nicht nur darin bestehen, Stellen hereinzubekommen, sondern auch zu den Arbeitsuchenden das richtige Verhältnis zwischen Vermittler und neuer Arbeitsstelle herzustellen. Den Vorgesetzten der Arbeitsämter, den

ehrenamtlichen Beisitzern der Verwaltungsausschüsse sei dieses Heft auch empfohlen. Bestellungen sind zu richten an die Ortsgruppen oder direkt an den Verlag (Postfachkonto Berlin 119 31, Emil Wucher, Kassierer).

Das Schlichtungswesen. Als Neue Folge Nr. 2 in der Schriftenreihe des Gesamtverbandes (Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, Berlin SO 16) ist soeben eine wertvolle Schrift erschienen über „Das Schlichtungswesen als staatspolitisches Problem“.

Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts zum Betriebsrätegesetz bis Ende April 1930. Zu beziehen ist diese Broschüre von der Verlagsanstalt „Courier“, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Preis pro Exemplar für Gewerkschaftsmitglieder 1 M., für den Buchhandel 2 M.

Geliebtes Manuskript. Gedichte von Walther Victor. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30. 56 Seiten Großoktav, kart. 1,50 M.

Walther Victor, der dieses schmale Bändchen Verse vorlegt, macht nicht den Anspruch, ein Dichter genannt zu werden. Er ist Parteijournalist und Schriftsteller, den wie alle diejenigen, die mit dem Wort umgehen, hin und wieder der Zwang über-

Kamerad! Stelle dich zur Werbearbeit im Ruhrbezirk

deiner Ortsverwaltung zur Verfügung!

fällt, sich in lyrischer Form auszudrücken. So sind die aus mehreren Jahren hier gesammelt vorliegenden Dichtungen Dokumente eines geistig und seelisch aktiven Sozialistenlebens. Formell ist Victor seit seinem Gedichtband „Neuer Frühling“ (1921) gewachsen, inhaltlich rücken die Tendenzen zur Gemeinschaft zu einer neuen Moral mehr in den Vordergrund. Und am Ausgang steht als „Sang vom unbekanntem Soldaten der Revolution“ das Hohenlied vom kleinen namenlosen Funktionär der Arbeiterbewegung, das gesungen zu haben schon allein ein Verdienst bedeutet. Freunden der Lyrik lege man das stilvoll ausgestattete, billige Bändchen auf den Weihnachtstisch.

Verbandsnachrichten

An die Zahlstellenverwaltungen!

Wir machen unsere Zahlstellenverwaltungen, darauf aufmerksam, daß mit diesem Zeitungsverband jeder Zahlstelle die neueste Schrift unseres Verbandes: „Unternehmerverbände im deutschen Bergbau“ übermittelt wird. Da diese Broschüre für unsere Verbandsmitglieder und Funktionäre sehr viel wertvolles Material enthält und sich für Werbezwecke außerordentlich eignet, bitten wir, um einen weitgehenden Vertrieb bemüht zu sein. Für Bestellungen ist die beigefügte Bestellkarte unter Berücksichtigung des ebenfalls beigefügten Kundenscheins zu benutzen. Näheres über den Inhalt dieser Broschüre auf der zweiten Seite dieser Nummer.

Bücherrevision.

Bochum I. Vom 15. bis 30. November.

Schluß des redaktionellen Teils.

Im Zeichen des Preisabbaues. Ein echter „Rotbart-Mond-Extra“-Rasierapparat mit versilbertem Griff, eine original „Rotbart“-Rasierklinge (lila Packung), beides verpackt in einem außen und innen emaillierten Metallgehäuse mit Extrafach für Klingen zum Preise von 1 M. Dieses Kunststück brachte Deutschlands größte Spezialfabrik, die Roth-Büchner Utensilienfabrik, fertig. Jeder kann sich heute mit einem echten Rotbart-Mond-Extra-Rasierapparat rasieren!

Kann man beruhigt Schuhe von auswärts beziehen? Muß man nicht immer anprobieren? Die beste Antwort gibt die Erfahrung: Die Deutsch-Amerikanische Schuhgesellschaft in München, die bekanntlich in größtem Umfange Schuhe aller Art verfertigt, hat festgestellt, daß ihr Katalogsystem allen Wünschen ihrer auswärtigen Kunden in jeder Beziehung entgegenkommt. Die von Woche zu Woche anschwellende Zahl der Besteller, die immer wiederkehrenden Aufträge alter Kunden zeigen deutlich, daß die Deutsch-Amerikanische Schuhgesellschaft in München dem Bedürfnis unserer Zeit in vollstem Maße gerecht wird. Fordern Sie deshalb kostenlos den neuen Gratiskatalog.

Das Bettfedern-Großhaus Rudolf Blahut, Deschenitz (Böhmerwald), gewährt auf alle in der heutigen Anzeige angeführten Verkaufspreise bei Bestellung innerhalb der kommenden 14 Tage einen 10prozentigen Sondernachlaß.

Für nur 13 Pfennig 2 Teller gute Suppe mühelos auf einfache Weise - durch kurzes Kochen mit Wasser aus MAGGI'S Suppen-Würfeln



